

Demokrat



tschechoslowakischen Arbeiterpartei
der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post
monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährlich . . . 96.—
jährlich . . . 192.—
Mitteltung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einlegung der
Retourmarken.
Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

2. Jahrgang.

Samstag, 16. September 1922.

Nr. 218.

Die „erznen Hundert“.

Mit unverhülltem Reid blid: die Bourgeoisie und das Großagrarierum auch bei uns nach Italien, das, wie sie behaupten, von den Faschisten „gerettet“ wurde. Nach ähnlicher „Errettung“ vor der Arbeiterbewegung sieht sich auch ihr Herz, und sie, die bei jedem Streik, ja jeder Demonstration über Terror zittern, haben auf einmal gegen die Schandmittel der Faschisten: blutige Gewalt, Brand und Mord, gar nichts einzuwenden. Hauptsache ist ihnen, daß diese Mittel zum Ziele führen: zur Niederwerfung der sozialistischen Bewegung. Glauben die besitzenden Klassen dieses Ideal erreichen zu können, dann erscheinen ihnen die ärgsten Gewaltakte im rosigen Licht. In den bürgerlichen und agrarischen Zeitungen ertönt denn auch immer lauter der Ruf der Sehnsucht nach dem Faschismus. Den Reigen eröffneten die „Narodni Listy“, das Hauptblatt der tschechischen Bourgeoisie, ihm folgte ein deutsches christlichsoziales Blatt und nun bringt das Hauptorgan der deutschen Agrarier, die „Deutsche Landpost“, nicht nur eine förmliche Apologie auf den Faschismus, sie hat auch schon sogar den Namen bereit, den er hierzulande führen müßte. Die „Schwarzen Hundert“ sollen die Banden heißen, welche die Agrarier gerne organisieren möchten, um die hungernden Volksmassen, die sich den Wucherplänen der Agrarier entgegenstellen, niederzuknappen und niederzuknallen und um womöglich mit der ganzen Arbeiterbewegung einmal gründlich aufzuräumen.

Die Herren deutschen Agrarier verlangen nach Getreidezöllen. Erst am Donnerstag haben sie auf einer Tagung der deutschen landwirtschaftlichen Hauptkörperschaften der Tschechoslowakei in Prag diese Forderung wieder einmal erhoben. Und der gleiche Ruf wurde in den letzten Tagen auf den agrarischen Tagungen in Leitmeritz und Jägerndorf erhoben. Aber nicht nur danach geht ihr Verlangen, in der Zeit der furchtbarsten Wirtschaftskrise der ausgehungerten Bevölkerung den Brotkorb noch höher zu hängen, sie nahmen in Prag auch Stellung gegen „überstürzte soziale Reformen“ — und was schiene ihnen an sozialen Reformen nicht „überstürzt“! — sowie für die Abschaffung des Achtstundentages. Was sie fordern, geht aber noch ungleich weiter und da hat nun einer der Ihren in der Erkenntnis, daß sich die Arbeiterschaft das ihr von den Agrariern zuge dachte Hungerloch nicht gutwillig auflegen lassen würde, mit rustikaler Robustheit seine und seiner Gesinnungsfreunde Pläne ausgeplaudert, die dahin gehen, der arbeitenden Bevölkerung, wenn sie nicht gutwillig folgt, mit Gewalt, das ist durch die Mittel der Faschisten, das noch aufzuzwingen. Der Freimütige, der so offen die in seinen Kreisen herrschenden Absichten enthüllt, ist Herr Alois Fiebig in Deslawn. Sein Artikel in der „Deutschen Landpost“ deckt aber nicht bloß seine persönlichen Ansichten, denn die Redaktion der „Deutschen Landpost“ bemerkt dazu, Herr Fiebig habe den Weg vorgezeichnet, den „wir alle gehen müssen“. Und weiter: „Nicht bloß lesen müssen wir diese Richtlinien, sondern beherrzigen, erkennen, daß es nur so geht! Also handeln wir danach!“ Was Herr Fiebig also wünscht und fordert, das wird vom Hauptblatt der deutschen Agrarier als richtunggebend allen Mitgliedern des Bundes der Landwirte empfohlen!

Der erste Teil dieser „Richtlinien“ bezweckt nichts anderes, als durch künstliche Mittel die Wirtschaftskrise zu verschärfen und die Arbeitslosigkeit zu steigern. Die Landwirte sollen den Ankauf aller Maschinen, Ackergeräte und Werkzeuge unterlassen, sie sollen keinerlei Bauten vornehmen außer unausweichliche Ausbesserungen, sie sollen weiters keinerlei gewerbliche und industrielle Erzeugnisse für den Haushalt kaufen und den Bezug der Hausbrandkohle auf das äußerste einschränken. Dazu wird in den „Richtlinien“ zynisch bemerkt: „Der Zweck obiger Maßnahmen dürfte jedem offenkundig sein“. In der Tat: sehr „offenkundig“! Es liegt offen, daß mit dieser Vorkottierung aller gewerblichen und landwirtschaftlichen Erzeugnisse eine Steigerung der Krise, eine Ver-

Lohnvertragskündigung in der chemischen Industrie.

70 Betriebe mit über 9000 Arbeitern betroffen.

Aussig, 15. September. (Eigenbericht.) Durch die Unternehmerorganisation der chemischen Industrie wurde der mit dem internationalen Verband der Arbeiterschaft der chemischen Industrie am 16. April d. J. abgeschlossene Lohnvertrag per 30. September gekündigt und

als vorläufige Forderung ein 25prozentiger Lohnabbau verlangt. Diesem Kollektivvertrag unterstehen 70 Betriebe mit über 9000 Arbeitern. Zu dieser maßlosen Forderung der Unternehmer wird die Arbeiterschaft ungefährnt Stellung nehmen.

Eine internationale Arbeiterdelegation in Berlin.

Die Wiederaufbaupläne.

Berlin, 15. September. (Eigenbericht.) Zur Zeit weilt eine internationale Arbeiterdelegation in Berlin, um in Ausführung des im August von der Amsterdamer, der Londoner und der Wiener Internationale erteilten Auftrages, die deutschen politischen und volkswirtschaftlichen Verhältnisse zu studieren. Sie besteht aus den Genossen Fimmen, Johaug und Wallhead. Ihnen hat sich auch der amerikanische Sozialist Lee angeschlossen. Die Delegation hielt gestern in den Räumen des sozialdemokratischen Parteisekretariates eine mehrstündige Sitzung mit den Vertretern der deutschen Sozialdemokratie ab. Von deutscher Seite nahmen an dieser Besprechung Vertreter des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes teil. Johaug erörterte bei dieser Gelegenheit die Aufgabe der Beschäftigtenorganisationen Nordfrankreichs und im Einvernehmen mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund die durch das Einnes-Lubersache Abkommen geschaffene Situation und brachte die bereits vor längerer Zeit zwischen den deutschen und französischen Gewerkschaften ausgearbeiteten Wiederaufbaupläne erneut zur Sprache. Gestern abends fand eine von der Berliner Gewerkschaftskommission organisierte internationale Rundgebung statt, in der die ausländischen Gäste unter lebhaftem Beifall vor über tausend Gewerkschaftsfunktionären sehr eindrucksvolle Reden hielten.

Fimmen erklärte u. a., ich darf daran erinnern, daß wir bei der damaligen in Aussicht genommenen Besetzung des Ruhrgebietes alles getan haben, um diese Besetzung zu verhindern, denn wir waren soweit, die Befestigung mit dem Generalstreik beantwortet zu wollen. Ich weiß ja nicht, ob diese Drohung von unserer Seite die Regierungen der Entente abgehalten hat, von der Besetzung Abstand zu nehmen, aber ich glaube, das sicher sagen zu dürfen, daß es ein Faktor war, mit dem die Regierungen gerechnet haben. Und ich sage heute, von

mehrung der Zahl der Arbeitslosen und eine Verschärfung der herrschenden Not beabsichtigt ist. Und warum wohl? Der zweite Teil der „Richtlinien“ läßt keinen Zweifel darüber übrig. An Arbeitgeber und -nehmer soll das „Ultimatum“ gestellt werden: entweder Zustimmung zu „entsprechenden Agrarzöllen“, zu Einfuhrverboten für ausländisches Vieh und Aufgeben ihrer „landwirtschaftsfeindlichen Stellung“, oder . . . Das „Oder“ findet sich im ersten Teile der „Richtlinien“ und es lautet: Vorkott und Aushungerung! Um die Preise hochzuhalten, soll die Produktion so stark eingedämmt werden, daß die Nachfrage das Angebot „günstig“ überwiegt! Auch sollen alle „überzähligen“ Angestellten und Arbeiter entlassen werden, vor allem aber alle „jüdisch-sozialistisch verhegten“ Arbeiter aufs Pflaster fliegen. Wegen die „pflichtvergessenen Standesgenossen“, die nicht mitun wollen, — es ist kein Zweifel, daß darunter die Kleinbauern zu verstehen sind — sollen „Geheimmittel“ von „überraschender Durchschlagskraft“ angewendet werden und Herr Fiebig rät, die Säumigen „nicht mit Seidenhandschuhen anzufassen“. „Alle müssen in die Front und wer nicht will im Guten, der wird's tun müssen im Bösen.“ Diejenigen also unter den Bauern und Kleinbauern, die Bedenken tragen, dem Volke die Last der Ausplünderungszölle aufzuerlegen, sollen verstimmt und vernichtet werden.

Da nun der Verfasser der Richtlinien ahnt, daß sich die arbeitende Bevölkerung gegen seine und seiner Standesgenossen Absichten nach Kräften wehren würde, so empfiehlt er als

dieser Stelle aus im Namen von 25 Millionen organisierten Arbeitern, daß, falls wieder ein Einmarsch in das Ruhrgebiet drohen sollte, der internationale Gewerkschaftsbund seine Pflicht erfüllen wird.

Sintende Devisenkurse in Berlin.

Berlin, 15. September. (Eigenbericht.) Am Devisenmarkt erfuhren die Kurse bei verhältnismäßig stillem Geschäftsgang eine Abschwächung. Der Dollar fiel von 1553 auf 1458, das englische Pfund von 6841 auf 6441, der Schweizer Franken von 288 auf 272, tschechische Kronen von 5193 auf 4694.

Was die Türken verlangen.

Kleinasien, Konstantinopel und Thrazien bis zur Maritima.

London, 15. September. (Tsch. P.-B.) Mustafa Kemal Pascha sagte zu einem Berichterstatter der „Daily Mail“ in Smyrna: „Wir verlangen Kleinasien, Thrazien bis zur Maritima und Konstantinopel. Wir sind bereit, jede Sicherheit für die freie Durchfahrt durch die Dardanellen zu geben, die wir nicht befestigen würden. Die Türkei muß ihre Hauptstadt wieder haben. Im Falle einer Weigerung der Alliierten, wäre ich gezwungen, auf Konstantinopel zu marschieren.“ Außerdem verlangte Kemal die Abschaffung der Kapitulationen, die Auslieferung der griechischen Flotte und Bezahlung von Reparationen durch die Griechen für die während ihres Rückzuges angerichteten Zerstörungen. Er sei bereit, an einer Friedenskonferenz auf türkischem Boden teilzunehmen. Die Türken müßten den Kalifen in Konstantinopel haben. Der augenblickliche Sultan Mehmed VI. würde jedoch von der Nationalversammlung aller Wahrscheinlichkeit nach durch einen anderen ersetzt werden. Zum Schluß sprach sich Kemal für die Wiederanknüpfung von Handels- und Freundschaftsbeziehungen mit England aus.

Mittel zur Niederhaltung der Unbotmäßigen die Bildung faschistischer Banden. Für die „Schredischeude der empörten Arbeitermassen“ hat er nur ein Vachn übrig, denn eine „erzene Hundert“ würde „vollauf genügen, den Feinden den Mut zu nehmen“. Der Verfasser und mit ihm die „Deutsche Landpost“, sie schreden also sogar vor einem Bürgerkrieg in Permanenz nicht zurück, wenn es gilt, ihren mit Hilfe der erwehten Wucherzölle erzielten Raub in Sicherheit zu bringen. Die Agrarier sind wohl alle zusammen fromme und biedere Kirchenläufer, aber höher noch als der Gott, zu dem sie Sonntags beten, stehen ihnen der Gott Profit und der Gott Rimm, und wer diese ihre obersten Götter antastet, der soll brotlos gemacht und nach edler Faschistenart von der „erznen Hundert“ zu Paaren getrieben werden.

Die von der „Deutschen Landpost“ herbeigeführten faschistischen Blüthenräume werden nicht reifen. Der erste Versuch, faschistische Sitten bei uns zu verpflanzen, würde Wirkungen erzielen, die den Urhebern die Lust zu einem zweiten Versuch gründlich verderben würden. Dennoch wäre es verfehlt, die Herzengurgüsse der „Landpost“ leichtsin abzutun. Der Inhalt der „Richtlinien“ und der Wunsch und Gedanke, den Faschisten nachzueifern, deutet den Grad der Frechheit der Reaktionsäre und Kapitalisten an, die sich schon stark genug und die Arbeiter schwach genug wännen, um selbst mit solchen Raub- und Gewaltplänen sich ans Tageslicht wagen zu können. Die Arbeiterschaft mag daraus lernen!

Ein Pflaster auf die Minoritäten wunde.

Die Herren Benesch und Rindis und deren von der offiziellen Telegrammkorrespondenz bediente Preshpitsken dürfen erleichtert aufatmen. Wenn die Logungen der Völkerbundigen in Prag und der interparlamentarischen Union in Wien ihnen tüchtig die Beibten gelesen und das falsche Fliiterkleid der Demokratie und Gerechtigkeit abgerissen haben, so daß unter dem bunten Tand ein stecher und von argen Schwären entstellter Leib zum Vorschein kam, hat der Völkerbund in Genf alles wieder gut gemacht. Er verbeugte sich, wie es sich so schickt, vor dem Reche der Minderheiten, jedoch nur im Prinzip. Dann aber betonte er viel lauter und energischer die Pflichten der Minoritäten gegen „ihren Staat“ (als ob es wirklich „ih“ Staat wäre) und trug ihnen streng auf, fortan ja den „lokalen Bürger“ zu agieren. Bei Strafe, fortan mit Klagen und Beschwerden nichtmehr angehört zu werden — genau so wie bisher. In löblicher Uebereinstimmung waren auch alle Mitglieder der hohen Versammlung eines in der Meinung, daß die leidige Minoritätenfrage, vor einem internationalen Forum behandelt, zu „politischen Komplikationen“ führen könne und besser als „innere Angelegenheit“ des betreffenden Staates zu betrachten sei, weshalb sie wie ein rotes Ei nicht angerührt werden dürfe.

Wer sich über diese Stellungnahme des Völkerbundes irgendwie wundert, deklariert sich damit selbst zum politischen Rinde. Die Völkerbundversammlung als Lummelplatz der offiziellen Vertreter der angeschlossenen Staaten kann höchstens die offizielle Politik der Auftraggeber mit einem idealistischen Mantelchen drapieren, aber er muß sie decken und muß alles abwehren, was irgendwie den derzeit amtlichen Kurs der Weltpolitik stören könnte. Darum hat er auch überall so jämmerlich verfolgt, wo eine großzügige Lösung allein hätte Rettung bringen können: also gelegentlich der Teilung Oberschlesiens, die eben jetzt die Industriepreise Deutschlands zum Schauplatz einer erschreckenden Desorganisation macht, und, wie man befürchtet muß, im Augenblick gelegentlich der Rettung Oesterreichs.

In der Minoritätenfrage anders zu reden, als er geredet hat, hätte bedeutet, daß der Völkerbund von den Friedensschlüssen von Versailles, St. Germain, Trianon und Sevres abrückte. Denn diese diplomatischen Mißgebirten haben erst die Minoritätenfrage zu einer so eitrigen Wunde gemacht und ihr einen Umfang gegeben, welcher der Sprachgewirren im Habsburgerstaate einfach spottet, sie haben das Selbstbestimmungsrecht der Völker völlig geknebelt und es hieße dieses Recht herstellen, wenn man den Minoritäten gestatten wollte, sich über Vergewaltigungen wirksam zu beschweren. Wie sollte man denn der Beschwerde gerecht werden, als indem man die Wurzel des Übels, die zwangsweise Verschiebung von Völkern und Volkspflanzern, energig anpackt? Und wie das tun, ohne die Verträge umstürzen? Gewiß sie werden gestürzt werden! aber erst durch den Willen des geeinten Weltproletariates und nicht durch die Bagoden des Völkerbundes, diese Exekutoren der Gewalt! Der Völkerbund der Zukunft wird es befragen!

Das angenehme Bewußtsein, unter Seinesgleichen, Jesuit unter Jesuiten zu weilen, gab Herrn Dr. Benesch die Möglichkeit, mit ernsthaftem Gesicht folgenden Antrag zu unterbreiten: „Es wird dem Sekretariate des Völkerbundesrats zur Pflicht gemacht, so wie er Beschwerden der Minderheiten entgegennehme, auch ihre Tätigkeit aufmerksam zu verfolgen und darüber zu wachen, daß ihre unbegründeten Beschwerden die friedliche Arbeit des Völkerbundes nicht stören können. Außerdem muß die illoyale Agitation der Minderheiten so verfolgt werden, daß das Sekretariat darüber dem Räte und der Versammlung des Völkerbundes Berichte erstatten und dieses Material zur Verfügung der Mitglieder des Völkerbundes stellen kann.“

Zu der kühnen Forderung des Dr. Benesch gefellte sich eine nicht minder kühne Rede seines Kollegen von der Kleinen Entente, Dr. Rindis, ein Meisterstück, das Mollieres Tartüffe alle Ehre gemacht hätte. Zur Erbauung und als Beispiel, wie faustid ein „Staatsmann“ in aller Öffentlichkeit zu — verschleiern weiß, sei die Rede hierhergeholt: „Wiewohl der Völkerbundsrat in Minderheitsfragen bisher in gemäßigter Weise interveniert hat, wurde seine Tätigkeit überall verspürt. Jeder Minderheitskonflikt wird politischen Charakter tragen und deshalb müsse der Völkerbundsrat umsichtig vorgehen, damit nicht die Souveränität der Staaten berührt werde. Die einzelnen Staaten dürfen nicht aufgrund ungeprüfter Beschwerden unausgesetzt vor den ständigen

internationalen Gerichtshof gerufen werden. Die Verfassungen der Staaten mit Minderheitsverträgen seien so demokratisch (1) daß die Minderheiten nicht systematisch verletzt werden können und daß es sich bei ihren Beschwerden lediglich um Ausnahmefälle handeln könne, da es in den Friedensverträgen nicht möglich gewesen sei, die Grenzen der einzelnen Staaten so festzusetzen, daß sich in ihnen nicht auch fremdstämmige Minderheiten befänden. Es sei wahr, daß die Entwicklung der neuen Staaten in erheblichem Maße davon abhängig werde, ob sie ihre Verpflichtungen gegenüber den Minderheiten erfüllen würden, aber es sei auch sicher, daß oft bloße Stimmungen und politische Tendenzen trachten würden, eine Intervention herbeizurufen. Deshalb müsse mit der größten Umsicht vorgegangen werden, damit das Recht der Minderheiten sich nicht in einen Kampf gegen die Staaten mit Minderheiten verwandle. Damit mag das Kapitel über die jüngste Völkerbundkomodie geschlossen sein.

Inland.

Die Tschechoslowakei und der griechisch-türkische Krieg. Die gestrige offiziöse Prager Presse brachte die Nachricht, daß der südslawische Ministerpräsident und der Minister des Äußeren nach Belgrad berufen wurden, weil die jugoslawische Regierung zusammen mit der rumänischen in den Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei eingzugreifen beabsichtigt. Diese Nachricht wurde vom gestrigen Abendblatt der „Narodni Listy“ demontiert, zugleich aber wurde von anderen Blättern gemeldet, daß zwischen Belgrad und Prag ein lebhafter Notwechsel eingesetzt hat, der die Stellungnahme der beiden Mächte zum Orientkonflikt zum Gegenstand hat. Die tschechoslowakische und jugoslawische Regierung verhandeln angeblich über eine gemeinsame diplomatische Aktion zugunsten Griechenlands. — Die tschechische Presse fängt bereits an, die öffentliche Meinung zugunsten eines solchen Eingreifens zu bearbeiten. So bringt das Nachmittagsblatt der „Narodni Politika“ einen Pariser Artikel, worin erklärt wird, daß die Kleine Entente an dem Orientkonflikt direkt interessiert ist, daß das türkische Problem ein Teil des deutschen Problems sei und daß die Türken zusammen mit den Deutschen und Bolschewiken die Friedensverträge umstoßen wollen. Die tschechischen nationalistischen Blätter zeigen, daß sie es an Stimmungsmache den deutschnationalen Blättern der Kriegszeit gleich tun können. — Man sieht also, es sind schon Kräfte am Werke, denen ein Hineinziehen der Tschechoslowakei in die orientalischen Verwicklungen genehm wäre, und man muß rechtzeitig auf das Treiben dieser dunklen Elemente aufmerksam machen, weil die Gefahr, die uns aus diesem Treiben erwächst, nicht gering wäre und uns in die griechisch-türkischen Handel mit verwickeln könnte. Man muß umso mißtrauischer sein, als sich ja der Herr Benes eine Ehre daraus macht, bei allen diplomatischen Handlungen mit dabei zu sein.

Ein neuer, unerhörter Angriff der Regierung gegen die Beamtenchaft ist angeblich geplant. Auf einer Versammlung, welche die Staats- und Privatbeamten am 14. d. M. auf der Sophieninsel veranstaltet hatten, teilte der Redner der Staatsbeamten, Herr Sprich, „zum allgemeinen Entsetzen“ — wie es im diesbezüglichen Referat des „Rude Pravo“ heißt — mit, das Ministerium des Innern habe ein Exposé über die Herabsetzung der Gehälter ausgearbeitet. Vom 1. Jänner 1923 sollen die Staatsbeamten, denen bereits ein Viertel der Einkommensteuer abgezogen wird, nunmehr die ganze Einkommen-

Ein Generalangriff auf den Jndex.

Die österreichischen Unternehmer lehnen die gleitenden Lohnzulagen ab.

Wien, 15. September (Eigenbericht). Die Unternehmer rüsten zu einem Generalangriff auf den Jndex. Gestern fanden zwischen dem Wiener Industriellenverband und dem Sekretariate des Metallarbeiterverbandes Verhandlungen über die Erneuerung des Kollektivvertrages und über die gleitenden Teuerungszulagen für die nächsten Wochen statt. Die Unternehmer nahmen eine durchaus ablehnende Stellung ein, sobald die Vertreter der Arbeiter den Einbruch erhielten, daß die Unternehmer die Absicht haben, einen ernstlichen Konflikt heraufzubeschwören. Die Unternehmer erklärten, sie seien bereit, den Kollektivvertrag provisorisch bis zu einem Monat zu verlängern, aber von der Auszahlung des Jndex wollten sie nichts wissen. Die Arbeiter sollen mit den 36 Prozent zufrieden sein, die sie in den letzten Wochen als Vorauszahlung auf den Jndex erhalten haben. Die Vertreter der Arbeiter lehnten das ab, wobei sie auf die große Teuerung hinwiesen und auf die amtliche Feststellung des Jndex

mit 91 Prozent. Die Verhandlungen blieben heute resultatlos, sollen aber Montag früh weitergeführt werden. Die Metallarbeiter rufen für Dienstag eine außerordentliche Obmannerversammlung der Vertrauensmänner, um über die weiteren Schritte zu beraten.

Wie es heißt, will auch die Regierung eine Gesetzesvorlage im Parlament einbringen, die eine Abänderung des Jndexgesetzes für die Staatsbeamten beabsichtigt. Darnach soll nicht mehr der volle Jndex an die Staatsbeamten ausbezahlt werden, sondern nur 50 Prozent. Man muß abwarten, ob die beiden Regierungsparteien es wirklich wagen werden, einer solchen Vorlage zuzustimmen und es auf einen Kampf mit den Staatsbeamten ankommen zu lassen. Offiziell ist über diese Absicht der Regierung noch nichts bekanntgegeben. Allerdings hat in der heutigen Sitzung des Nationalrates der Finanzminister angedeutet, daß die Regierung eine Abänderung des Jndexgesetzes vorschlagen werde.

steuer bezahlen und außerdem sollen ihre Teuerungszulagen um 40 Prozent herabgesetzt werden. Die Forderungen der Alpenkonditionen sollen unerledigt bleiben. Gleichzeitig wurde angeblich mit den Unternehmern verhandelt, daß diese den gleichen Abbau bei den Privatbeamten und Angestellten durchführen sollen. Diese Nachricht verrät eine verachtliche Feindseligkeit und Härte gegenüber den bisher immer rücksichtslos behandelten Beamten, daß wir ihr kaum Glauben schenken können. Welche Folgen der zitierte Abbau für das ohnehin elende Vegetieren der Staatsbeamtenchaft zeitigt, mögen folgende Ziffern beweisen: Auf diese Weise erhielt ein Angestellter, der heute 735 Kronen bezieht, etwas mehr als 400 Kronen, ein verheirateter Angestellter hätte statt 976 Kronen nur 610 Kronen, einem Beamten der neunten Rangklasse würden 348 Kronen im Monat, einem verheirateten Beamten der achten Rangklasse nicht weniger als 700 Kronen monatlich abgezogen werden! In einer Zeit, wo die Regierung selbst gesteht, daß der Teuerungsabbau sich nur mühsam Bahn bricht, soll dieses unerhörte Unrecht geschehen? Will man die Beamtenchaft zusammenschlagen lassen? Als Stütze des Staates wird sie apostrophiert, alle möglichen Forderungen werden an sie — man denke an die Leiden der Lehrerschaft — gestellt und man wagt ihnen, das, was kaum als ihr Existenzminimum anzusehen ist, auch noch herabzusetzen? Wenn die Regierung tatsächlich wieder einen Angriff auf ihr eigenes Staatsbeamtentum planen sollte, dann wird sie — davon möge sie überzeugt sein — auf einen verzweifeltsten Widerstand der Beamten stoßen.

Die Agrarier als Feinde der Arbeiterschaft. Vor einiger Zeit — anlässlich des Parteitag der tschechischen Agrarpartei — hat das „Pravo Lidu“ eine Artikelserie veröffentlicht, in der es auf den demokratischen Charakter der tschechischen Agrarpartei hinweist, die dadurch sehr zu ihren Gunsten absteht von dem feudal-konservativen Charakter der Agrarier im alten Österreich. Es wurde damals gesagt, daß die Agrarier an der Schaffung der demokratischen Verfassung wie am Achillsehnenpunkt und an allen Ertrugenschaften der Nachkriegszeit mitgewirkt haben. In der letzten Zeit tritt jedoch zutage, daß der alte konservative, ja reaktionäre Charakter der tschechischen Agrarier wieder hervortritt und die alte Arbeiterfeindschaft, welche die Agrarier stets besaßen, nunmehr wieder zum Ausdruck kommt. In der Konferenz der Klubs der tschechischen agrarischen Abgeordneten und Senatoren wurde eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, worin es unter anderem heißt: „Die Herabsetzung der Regieskosten muß erzielt werden durch eine Neugestaltung der Löhne und der Arbeitszeit.“ Eine Neu-

gestaltung der Löhne heißt im Munde von Großagrariern sicherlich nicht die Erhöhung der Löhne und unter Neugestaltung der Arbeitszeit verstehen die Agrarier wohl kaum ihre Verkürzung. In Wirklichkeit sprechen sich hier die Agrarier für den Lohnabbau und die Abschaffung des Achtstundentages aus! Daß sie es nur in unbestimmter Form tun, hat seinen Grund darin, daß ihr Führer Abg. Stehla gegenwärtig unter Schmerzen ein neues Ministerium gebiert und dabei keine Koalitionspartner, die tschechischen sozialistischen Parteien, nicht in Aufregung versetzen will. Die Landarbeiterschaft hat den Herren Agrariern die Antwort aber schon gegeben, indem sich alle Landarbeiterverbände von den Christlichsozialen bis zu den Kommunisten zu einer Einheitsfront verbunden, um im gemeinsamen Kampfe den Angriff der Agrarier auf die Lebenshaltung der Landarbeiter abzuwehren.

Die Forderungen der slowakischen Staatsbeamten. Der Verband der tschechoslowakischen Organisationen der slowakischen Staats- und Eisenbahnbeamten, welcher zu Beginn dieses Monats in Preßburg und in einer Reihe slowakischer Städte Protestversammlungen gegen eine 50prozentige Herabsetzung der außerordentlichen Teuerungszulage vom 1. Oktober d. J. veranstaltet hat, entsandte, wie die „Lidove Noviny“ melden, eine Deputation zum Präsidenten der Republik, welchem eine Resolution überreicht wurde. In dieser fordern die Beamten außer der Beibehaltung der Teuerungszulage die Regelung der Amtspraxis mit Zuerkennung der slowakischen Begünstigung, die Einweihung einzelner Städte in eine höhere Aktivitätszulage und die Novellierung des Offiziantengesetzes. Der Präsident verwies die Abordnung, nachdem er sie dessen versichert, daß er sich gegen berechtigte Forderungen nicht stelle, an den Ministerrat, dem die gleiche Resolution überreicht wurde.

Die Slowakei und die kommende Regierung. Unter diesem Titel veröffentlicht die gestrige Abend-„Tribuna“ die Forderungen, welche von führenden Politikern der slowakischen staatenbildenden Parteien in einer gemeinsam abgehaltenen Beratung aufgestellt worden sind. Diese lauten: 1. Energetische Lösung der industriellen Krise unter anderem dadurch, daß die Tarife in beträchtlichem Maße herabgesetzt werden, als dies die Verhältnisse in den übrigen Ländern der Republik zulassen und dadurch, daß man energisch dem verstockten österreichisch-deutschen Monopol in der Zündhölchenindustrie entgegenzutreten wird. 2. Schutz gegen die irredentistische und volksparteiliche Propaganda, durch Erweiterung der Wirksamkeit des sogenannten Ranzelgesetzes auf die Slowakei und durch Herabsetzung eines Gesetzes zum Schutze der Republik, dessen Notwendigkeit unlängs Minister Dr. Deyer betont hat. 3. Durch-

Erziehung eines Bauverbandes in der Slowakei erst in der Zeit, bis das Gesetz über die Gemeinrichtung in der ganzen Republik abgeändert werden wird. 4. Rasche und rücksichtslose Beseitigung der Unzulänglichkeiten und Hindernisse bei der Durchführung der Bodenreform in der Slowakei. Was die Besetzung des Preßburger Ministeriums betrifft, so beharren die staatsbildenden slowakischen Parteien darauf, daß hier in erster Reihe eine Persönlichkeit nötig ist, welche das republikanische Regime im Sinne der tschechoslowakischen Einheit wahrhaft und die Staatsadministrative und ihre Autorität verbessern würde. Bei dem heutigen Stand der Dinge gibt es keine solche Persönlichkeit unter der slowakischen Beamtenschaft. Der Gesandte Dr. Osustly, welcher alle Voraussetzungen erfüllen würde, könnte kaum das Preßburger Ministerium in einer Zeit übernehmen, da er noch eine Reihe unerledigter internationaler Aktionen vor sich hat. Daher bemühen sich die slowakischen staatsbildenden Parteien darum, daß das Preßburger Ministerium durch eine parlamentarische Persönlichkeit besetzt wird.

Neuere kommunistische Taktik. Die kommunistische Partei Karpathenlands hat laut Bericht der „Lid. Noviny“ am Sonntag in Munkacs einen Delegiertenkongress abgehalten, an dem 100 Delegierte teilgenommen haben. Der Soutpremier Dr. Galy nach Uzhorod, sprach gegen die Zentralisationsstendungen der Prager Regierung und empfahl ein gemeinsames Vorgehen mit den bürgerlichen Parteien in den sich berührenden Programmpunkten, wobei er eine Koalition allerdings vollständig ablehnt. — Dieses offene Bekenntnis eines Kommunisten, daß die Extreme von rechts und von links gemeinsame Interessen haben, ist nicht uninteressant.

Der tschechoslowakisch-jugoslawische Vertrag soll laut einer Belgrader Meldung der „Lid. Noviny“ für die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen sein. Von der Absicht, den Vertrag für eine längere Zeit abzuschließen, ist man angeblich deshalb abgesehen, um die Möglichkeit einer Erweiterung der Kleinen Entente nicht zu präjudizieren.

Der tschechische Sozialdemokrat Pabst, der Sekretär der sozialdemokratischen Landesgewerkschaftskommission in Brünn, ist mit der ganzen Kommission und dem lokalen Gewerkschaftsrat von Brünn zu den Kommunisten übergetreten. Die sozialdemokratische Gewerkschaftszentrale erklärt nun die Landes- und Lokalkommission von Brünn für aufgelöst und hat Pabst suspendiert.

Deutschagrarishe Wünsche

Wucherzölle. — Einfuhrverbot für Vieh oder Boykott der Industrie. — Die „ergene Hundert“ als Hilfe gegen die Arbeiter.

In der „Deutschen Landpost“ veröffentlicht ein Herr Alois Fiech in Desslau, Richtlinien für die Landwirte, denen er auch entsprechende Erläuterungen anfügt. Die „Deutsche Landpost“ setzt den Ausführungen die Worte voran:

„Der Reden, Resolutionen, Warnungen sind genug! Das deutsche Landvolk muß handeln, sich selbst schützen, wenn es seinen Posten behaupten will. Den Weg, den wir heute gehen müssen, hat unser Parteimitglied Alois Fiech hier klar und deutlich gezeichnet. Es sind Worte für Taten, die nur so, und nur so durchgeführt, uns vor dem drohenden völligen Verfall unseres Wirtschaftslebens retten können. Nicht bloß lesen müssen wir diese Richtlinien, sondern beherzigen, erkennen, daß es nur so geht. Also handeln wir danach!“

Die Agrarier müssen, so sagt der Verfasser, „kräftig in eine geschlossene Front treten, von ihren Ellenbogen Gebrauch machen und mit der Rodehauer Bahn durch das bo-

Die Revolution am Stammtisch.

Von Felix Stöbinger (Berlin).

Am Stammtisch der kleinen deutschen Städte hat sich seit dem 9. November noch nichts verändert. Der Bürgermeister, der Oberförster, der Apotheker, der Rittmeister a. D., der großherzogliche Landesdirektor sitzen in derselben Runde wie vor acht Jahren und sprechen von der Gegenwart, als ob kein Ludendorff den Krieg verloren, kein Wilhelm aufgezissen, keine Rassenräuber die besten Volksträfte verschlungen und kein Hindenburgprogramm die Volkswirtschaft ruiniert hätte. Die Zeiten sind schlecht geworden; Schuld daran tragen die Juden, Boingfaher, der Lügenwille und die Sozialisierungsexperimente, von denen ja bekanntlich in Deutschland so viele (nämlich kein einziges) gemacht worden sind. In die Dinge mal hineinsehen, — dazu hat keiner den Mut. Ja fragen, wieso wir nach so vielen „Siegen“ eine so entsetzliche Niederlage erlitten haben, — das versucht keiner. Vorschläge zur Besserung, — die hat keiner. Die alte Konjunktur vom Durchstreifen, Machtergreifen, Davonjagen, und wenn man eine mehr hinter die Binde geschossen hat, vom Anderrandstellen, das ist die letzte Weisheit des Stammtisches. Inzwischen geht das Land zugrunde, und wenn es nicht gar so schnell geht wie ein Ritzig von Ludendorff, so haben wir das nur den Anstrengungen der Wenigen zu danken, die mit neuen Mitteln das Elend des Landes zu heilen versuchen und dafür oft mit dem Leben zu büßen haben.

An solchen Stammtischen sitzt mitunter auch ein Dichter. Manchmal wirklich, manchmal nur im Geiste. Denn was heißt Stammtisch anders, als verständnisloses Kanarienvogel ohne die geringsten Kenntnisse der Wirklichkeit. Festhalten am Vergangenen, bei dem es einem gut gegangen ist oder Prejelmachen mit einem Geist, der nicht über den Rand des Schreib- oder Stammtisches hinausgeht.

Als ein solcher Stammtisch-Revolutionär stellt sich uns in einem „Aufruf zur Revolution“, so lautet der Untertitel, Paul Ernst vor. Sein Buchlein heißt: Geist werde wach! (Verlag Georg Müller, München) und man greift danach nicht ohne Interesse. Zunächst ist ja Paul Ernst auch in sozialistischen Kreisen nicht unbekannt. Vor mehreren Jahrzehnten war er ein regelmäßiger Mitarbeiter der „Neuen Zeit“, und als er dann nur noch der Literatur lebte, zeigte er eine revolutionäre Gesinnung im Suchen neuer oder besser in der Rückkehr zu den alten großen Formgedanken klassischer Epochen. Die „Kulturkritik“, von denen man vor dem Kriege gehört hat, waren genau befehl nichts als Paul Ernst. Er war der Dramatiker, der Novellist, der Romanist, und zum Teil auch der Theoretiker dieses Kreises. Diese Gruppe, deren letzter Kopf der verstorbene Samuel Lubinski war, einer der wenigen sozialistisch denkenden deutschen Literaturredner, hat mich vor dem Kriege angezogen. Denn in einer Zeit, in der die Literaten sich in der Beschauung des Relativen erschöpften und ihre kleinen Seelenqualmen ohne jedes Interesse für die großen Ereignisse der Gegenwart zum Inhalt der Kunst machten, hat der

Wille von Paul Ernst die großen, ewigen Probleme des Schicksals in der Tragödie und Novelle wieder dazustellen, den Reiz von etwas Neuem, den Hauch eines Erneuerers gehabt. Heute zeigt sich, daß aus dem Willen allein nichts entstehen kann, daß Ernst wohl einen oft großen Sinn für die Aufgabe der Dichtung hat, aber kein Dichter ist, sondern nur ein fleißig dichtender Kunstschaffender. Die Gründe, aus denen er sich vor Jahren vom Marxismus trennte, kenne ich nicht. Aber was aus dem Revolutionär geworden ist, das zeigt mit erschreckender Deutlichkeit sein Aufruf zur Revolution. Es sind echt deutsche Stammtisch-Perfektionen, und weil sie nur zu echt deutsch sind, verdienen sie einer Betrachtung.

Zu den traurigsten Erscheinungen der deutschen Revolution gehört das Verhalten der Intellektuellen. Ich will von unseren deutsch-radanationalen Studenten, Professoren und Akademikern schweigen, weil von ihnen keine Mitarbeit an der Revolution zu erwarten war. Schlimmer ist das Verhalten der intellektuellen Kreise, die zu den schöpferischen Teilen einer Volksgemeinschaft gehören: den freien Schriftstellern, den Dichtern, Philosophen, Künstlern des Landes. Sie allein können das schaffen, was man als die geistige Revolution bezeichnet. Erst wenn sie es ausgesprochen haben, daß ein neues Zeitalter da ist, erst dann kommt es. Die geistige Leistung der Franzosen, der Russen, der Engländer vor ihren Revolutionen bot die Sicherheit, daß die Revolution eine ganze sein würde. Heute stehen wir in einer Epoche revolutionärer Aenderungen, und was tun unsere Geistigen? Soweit sie nicht indifferent sind, bemühen sie sich, geistige Systeme zu

schaffen, deren ausgesprochener Zweck es ist, die wirkliche Revolution, die wirkliche Veränderung des Geistes, die wirkliche Verschiebung der Machtverhältnisse zu verhindern. Denn was da herumphilosophiert wird, von Scheler und der Kardinal Duch, von Thomas Mann und Paul Ernst, das ist ja alles nur Trübsalergerei vor dem Sozialismus. Diese vorgeblichen Weltverbesserer sind viel zu klug, als daß sie die Gesellschaft bejahen könnten. Da sie aber aus sozialen, geistigen, nationalistischen, falsch-religiösen Gründen sich nicht zum Sozialismus entschließen können, phantastieren sie Systeme zusammen, um etwas „Neues“ zu haben, das entweder unsozialistisch oder gegen den Sozialismus zu wirken bestimmt ist.

Von den für diese Einstellung der deutschen Geistigen sehr bezeichnenden Gesellschaftsphilosophieren unterscheidet sich Ernst's „Aufruf“ durch den Willen zur Verwirklichung zur möglichst sofortigen Tat. Ganz hat also Ernst seine geistige Herkunft vom Marxismus nicht verleugnet, denn der Marxismus ist ja die Philosophie der Verwirklichung. Aber was Ernst schreibt, das ist wirklich ohne alle Schroffheit: Stammtisch. Man höre nur: was soll geschehen? Also: die Lehrer, nämlich die Hochschullehrer, Volksschullehrer und die Lehrer der mittleren Anstalten, sollen sich zu einer Gewerkschaft zusammenschließen, dem Staat den Gehorsam kündigen, sie sollen die Gebäude, Sammlungen und sonstigen Unterrichtsrichtungen „in Besitz nehmen“. Wenn das geschieht, werden, wie Paul Ernst „überzeugt“ ist, die Presseleute folgen. So wie die Lehrer, haben alle Journalisten sich zu einer Gewer-

gläubende Bestripp schlagen." Als „Richtlinien“ dafür werden vorgeschlagen:

1. Vollständige Ausschaltung des Anlaufes sämtlicher künstlicher Düngstoffe.
2. Vollige Einstellung des Anlaufes von Raschieren, Ackergeräten, Werkzeugen und Einbringung eines gegenseitigen entgeltlichen Anleihsdienstes, um auch scheinbar unentbehrliche Anläufe zu meiden.
3. Einstellung aller Vantätigkeit mit Ausnahme unabweislicher Ausbesserungen.
4. Einstellung des Bezuges aller gewerblichen und industriellen Bedürfnisse im Haushalt (z. B. Einrichtungsfabrik für Wohnungen, Geschirre, Kleider, Spielwaren und aller halbwegs entbehrlichen Genussmittel).
5. Einschränkung des Bezuges von Hausbraunkohle (außerhalb Sparsystem) und anderer löslicher Brenn- und Beleuchtungsmittel.
Der Zweck obiger Maßnahmen dürfte jedem offenkundig sein.
- a) Belehrung der Industriellen und Gewerbetreibenden, daß bloß im Wohlstand der Landwirte, der Wohlstand der Industrie und des Gewerbes sich gründen könne.
- b) Belehrung der Arbeiter, daß eine zahlungsunfähige (!) Landwirtschaft nicht instandsetzt, für ungezahlte tausende Arbeiter Brot und Lohn zu schaffen. Beiden: gewerblichen und industriellen Arbeitgebern und -nehmern muß das bestimmte Ultimatum gestellt werden: entweder völliges Aufgeben ihrer landwirtschaftsfeindlichen Stellung (!) und Zustimmung zur Errichtung von entsprechenden Agrarstellen, zur Aufhebung aller fiskalen Wertzuwachsabgaben in der Landwirtschaft und Einfuhrverbot von lebenden Tieren aus allen seuchenverdächtigen Ländern.
- c) Unter 1. ist vor allem auch bezweckt, die Produktion so stark einzudämmen, daß die Nachfrage das Angebot günstig überwiegt.
6. Einführung der Reintrache in weitem Umfang. (Zweck: Ersparung von teuren Düngemitteln, Ermöglichung der Entfernung lästiger Unkräuter.)
7. Anlegung umfangreicher Feldweiden, (Zweck: billige Fleischproduktion, Vermeidung von Getreide-Überproduktion, Ersparung in Arbeitskräften.)
8. Regulierung der Löhne und Bezüge aller landwirtschaftlichen Bediensteten nach den jeweiligen Preisen der hauptsächlichsten Landwirtschaftserzeugnisse.
9. Entlassung aller durch eine vereinfachte Wirtschaftsweise sich erübrigenden Angestellten und Arbeiter, insbesondere solcher, welche nicht für unsere Interessen sich betätigen, sondern judaosozialistisch verhebt sind.
10. Unterlassung aller Verkaufsbote in allen Bodenprodukten, sobald nicht die Versteigerungsergebnisse erzielt werden:
11. Gekleinmüht, die bloß erprobten Helfern anvertraut und von diesen durchgeführt, von übertragender Durchschlagkraft wären. Zur Beruhigung unserer Feinde sei bloß angedeutet, daß sich solche Mittel mehr gegen unsere eigenen pflichtvergessenen Standesgenossen richten, als gegen unsere Feinde aus den anderen Lagern.

Was zu diesen Richtlinien zu sagen ist, finden unsere Leser an anderer Stelle.

Ausland.

Stinnes und Rathenau.

Der Vertrag der Stinneschen „Hoch und Tief“ mit den französischen Wiederaufbauern ist nicht etwa, wie man glauben könnte, ein genialer Einfall des Industriekapitäns. Sondern der Marquis de Lubersac, der Vertreter der Wiederaufbauer, bot zuerst ein ähnliches Abkommen der „Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft“ Rathenau an. Und Rathenau lehnte durch seinen Generaldirektor Deutsch ab. Derselbe Rathenau, der sein energisches Eintreten für Sachleistungen mit dem Leben bezahle mußte. Und er lehnte aus bewusstem Reinlichkeitsgefühl ab, denn sein schäblicher Lehre eine Richtung bilde und wenn ihn nicht einige bekannte deutsche Publizisten immer wieder als einen hohen, einamen Geist feierten. Dazu kommt noch, daß diese Schrift von Paul Ernst die einzige Schrift eines deutschen Dichters außerhalb der radikalen Jugend ist in der zur Revolution gerufen wird. Kein einziger von unseren bekannten Dichtern hat das alte Regime so scharf beurteilt wie Ernst. Er nennt den Kaiser einen Narren und Feigling. Ludendorff ist ihm ein Kadettenkorpslehrer, Bethmann ein Subalternbeamter. Aber auf diese Worte ist nicht viel zu geben. Denn derselbe Ernst hat die Kühnheit, Rousseau und Marx platt zu nennen. So steht also die Revolutionschrift eines deutschen Dichters aus.

Das Schlimmste und Traurigste ist die politische und ökonomische Ahnungslosigkeit, dieses Erbgut des deutschen Volkes. Nirgendwo auf der Welt wäre es möglich, daß ein Dichter, der nur hohe Werte zu schaffen versucht, eine solche Stammtischphrasen auf sich geben und als Aufzug zur deutschen Revolution bezeichnen könnte. Das Bestehen von Ernst ist bisher wenig beachtet worden. Diese Stellen haben auch nicht die Absicht, die Aufmerksamkeit von Käufern auf die Schrift zu lenken. Aber wenn man einmal eine Vorstellung haben will von der politischen Unwissenheit und Nartheit des deutschen Volkes, dann greife man zu diesen Phantasien. Es ist nach ihrer Lektüre schwer, sich vorzustellen, daß das Volk solcher Denker und Dichter bald zu politischer Selbstbehauptung gelangen wird.

Die Verhandlungen des Völkerbundes.

Abrüstung.

Die Kommission für Abrüstungsfragen nahm im Prinzip die Resolution des französischen Delegierten Jovanovic an, in welcher die Großmächte aufgeföhrt werden, ihre Gesamtausgaben für Heere, Marine und Luftschiffahrt auf die Beiträge vom Jahre 1913 herabzusetzen.

Gleichzeitig werden die Antworten der Regierungen verlaubar, welche von der Völkerbundesversammlung im Jahre 1921 ersucht wurden, in zwei aufeinanderfolgenden Jahren ihre Militärausgaben nicht zu erhöhen. Auf diese Weise ist eine Vergleichung der Militärausgaben aus den Jahren 1922 und 1913 ermöglicht worden. Die Militärausgaben im Jahre 1922 haben sich gegenüber dem Jahre 1913 bei folgenden Staaten erhöht: Großbritannien um 19,2 Prozent, Britisch-Indien um 14,2 Prozent, Australien um 17,4 Prozent, Kanada um 7,6 Prozent, Neuseeland um 148,3 Prozent, Japan um 71,9 Prozent, Belgien um 82,1 Prozent. Hierbei ist zu bemerken, daß Belgien, dessen Neutralität vor dem Jahre 1914 anerkannt war, seine Militärmacht von Grund aus aufbauen mußte. Portugal hat seine Militärausgaben um 7,2 Prozent erhöht. Herabgesetzt wurden die Militärausgaben in den Budgeten nachfolgender Länder: Südafrika um 25,4 Prozent, Rumänien um 23,1 Prozent, Italien um 46,1 Prozent, Brasilien um 46,3 Prozent und Frankreich um 7,9 Prozent. Bei den Staaten, welche sich am Kriege nicht beteiligten, nämlich Dänemark, Spanien, Niederlande und Schweden, bezifferte sich die Erhöhung auf 33,3, 38,3, 48,2 und 20,1 Prozent. Die Schweiz und Holland setzten ihre Militärausgaben um 39, bzw. 13,3 Prozent herab. Es ist zu bemerken, daß in den Militärausgaben Frankreichs 527 Millionen für die Rheinarmee enthalten sind, welche zurückerstattet werden und mehr als 193 Millionen für die Gendarmerie.

Ungarn und der Völkerbund.

Genf, 14. September. (Schweiz. Dep. Ag.) Die Unterkommission, die das Aufnahmengesuch Ungarns in den Völkerbund zu prüfen hat, hörte vormittags ein diesbezügliches Exposé des ungarischen Ministers des Äußern Grafen Banffy an. Dieser gab eine Erklärung ab, die geeignet erscheint, die Bedenken, die im Schoße der Kommission geäußert worden sind, zu zerstreuen. Graf Banffy erklärte, der Vertreter der führenden Mehrheit seines Landes zu sein, und gab die Versicherung ab, daß Ungarn den

Vertreter Deutsch begründete die Weigerung damit, daß er und Rathenau sich dann vor den Vorwürfen und Schmutzlibeln der nationalistischen Presse überhaupt nicht mehr retten könnten. Stinnes aber, der deutsche Nationalist und Rede, nahm an. Derselbe Stinnes, der das Wiesbadener Schlichtungsabkommen Rathenau als „Verrat“ am deutschen Volke brandmarkt und so die Mörder auf die Spur des „Verräters“ hefte. Bewußtes Reinlichkeitsgefühl ist also des Herrn Stinnes Sache nicht. Vor „Schmutzlibeln“ braucht er keine Angst zu haben, weil die nur von seinen Gefinnungsgenossen gehandelt werden, und im übrigen — man wüßte sich den Schmutz aus dem Gesicht und steckt den Gewinn schmunzelnd ein.

Verhaftungen in der Ukraine.

Auf das Verlangen des Präsidiums der staatlich-politischen Verwaltung hin haben ihre ukrainischen örtlichen Abteilungen eine Reihe von Verhaftungen unter der Intelligenz und den Arbeitern in Charkow, Kiew, Odessa und Jozoterinoslaw vorgenommen. Ein Teil der Verhafteten wurde unter scharfer Bedeckung nach Moskau geschickt.

ästhetischen Lehre eine Richtung bilde und wenn ihn nicht einige bekannte deutsche Publizisten immer wieder als einen hohen, einamen Geist feierten. Dazu kommt noch, daß diese Schrift von Paul Ernst die einzige Schrift eines deutschen Dichters außerhalb der radikalen Jugend ist in der zur Revolution gerufen wird. Kein einziger von unseren bekannten Dichtern hat das alte Regime so scharf beurteilt wie Ernst. Er nennt den Kaiser einen Narren und Feigling. Ludendorff ist ihm ein Kadettenkorpslehrer, Bethmann ein Subalternbeamter. Aber auf diese Worte ist nicht viel zu geben. Denn derselbe Ernst hat die Kühnheit, Rousseau und Marx platt zu nennen. So steht also die Revolutionschrift eines deutschen Dichters aus.

Das Schlimmste und Traurigste ist die politische und ökonomische Ahnungslosigkeit, dieses Erbgut des deutschen Volkes. Nirgendwo auf der Welt wäre es möglich, daß ein Dichter, der nur hohe Werte zu schaffen versucht, eine solche Stammtischphrasen auf sich geben und als Aufzug zur deutschen Revolution bezeichnen könnte. Das Bestehen von Ernst ist bisher wenig beachtet worden. Diese Stellen haben auch nicht die Absicht, die Aufmerksamkeit von Käufern auf die Schrift zu lenken. Aber wenn man einmal eine Vorstellung haben will von der politischen Unwissenheit und Nartheit des deutschen Volkes, dann greife man zu diesen Phantasien. Es ist nach ihrer Lektüre schwer, sich vorzustellen, daß das Volk solcher Denker und Dichter bald zu politischer Selbstbehauptung gelangen wird.

Artikel I. des Paktes, der die internationalen Verpflichtungen der Staaten behandelt in vollem Umfang und ohne Vorbehalt anerkenne. Jrgendeine Anfrage betreffend die Wiedererrichtung der Dynastie der Habsburger wurde an den Grafen Banffy nicht gestellt. Die Kommission begnügte sich mit der von der ungarischen Kammer in dieser Beziehung abgegebenen feierlichen Erklärung. Die Unterkommission wird der nächsten Kommission einen dem Aufnahmengesuch Ungarns günstigen Bericht unterbreiten.

Verkehrsfragen.

Genf, 14. September. (Schweiz. Dep. Ag.) Die 2. Kommission (technische Organisationen) nahm heute nachmittags den Bericht des japanischen Adaschi entgegen, der die Organisation des Verkehrs- und Transitwesens behandelt. Die erste Aufgabe der Kommission führte Redner aus, war es, darüber zu wachen, daß die Beschlüsse der früheren Konferenzen befolgt werden. Die Empfehlungen der Konferenz von Barcelona und derjenigen, die über das Pachtwesen und die Zollfragen zu beraten hatte, sind schon ernstlich zur Ausführung gebracht worden. Mehr als fünf Staaten haben bereits die internationale Konvention über die internationale Schiffsahrtsweg unterzeichnet, die binnen kurzem in Kraft treten wird. Die Kommission hat über viele Verkehrsfragen aus eigener Initiative eine Untersuchung veranlaßt und damit dem Völkerbunde große Dienste geleistet. Es sind hier zu erwähnen: Die Vereinheitlichung des Schiffsahrtsweges und die Vereinheitlichung der Gesetzgebung über den Transportdurchlauf; die Bekämpfung der epidemischen Krankheiten und die Kontrolle des Opiumhandels in den Freihäfen.

Verhüllung von Frauen und Kindern.

Die 5. Kommission nahm heute den Bericht Dr. Kennedy über die Verhüllung von Frauen und Kindern entgegen. Sie ersucht den Völkerbund diese Frage auch weiterhin zu verfolgen und bat den Rat, den Regierungen, die mit einem Mandate betraut werden zu empfehlen, den Beamten Weisungen zu erteilen, damit sie in der Kommission zusammenarbeiten. Die Kommission glaubt, daß ein Kredit von 1500 Pfund Sterling für den Kampf gegen die Verhüllung von Frauen und Kindern bewilligt werden könnte, um dieses humanitäre Wert in Aleppo forsetzen zu können.

Der „deutsche“ Großgrundbesitz.

Die geplante Verstaatlichung der Grenzländer gibt den deutschen bürgerlichen Parteien Gelegenheit, Versammlungen mit anschließenden Schulungen vor den als „Helfer und Wohltäter“ verehrten und geliebten Herrschaftsbesitzern zu veranstalten und ihnen dort zu erzählen, was für ein kostbares nationales und soziales Gut die Großgrundbesitzer sind. Es ist daher notwendig, sich die als „Wohltäter geliebten und verehrten Herrschaftsbesitzer“ etwas näher anzusehen.

Da ist vor allen anderen der mächtigste unter ihnen, der Herr Schwarzenberg. Nach den Angaben des Prof. Wendt im Sammelwerk „Deutsche Arbeit in Böhmen“ befindet sich ein Dreihöfstel Böhmens in den Händen dieses Menschen, er besitzt zwölf Schlösser, drei Palais, 95 Meierhöfe, 85 Förstereien, zwölf Brauereien, zwei Zuckerraffinerien, 22 Pressen und drei Resonanzholzfabriken. Zeilen gibt in seiner auf offizielle Daten gestützten Abhandlung: „Das soziale Elend und die bestehenden Klassen in Oesterreich“ den Grundbesitz Schwarzenbergs mit 176.410 Hektar an und fügt obigen Angaben noch hinzu, daß dieser eine Mensch an Industrieunternehmen im ganzen 13 Fabriken, 34 Ziegeleien, neun Mühlen, sieben Kalkwerke, vier Bergwerke (Silber, Grafit, Stein- und Braunkohle) und einen Teerofen besitzt. — Im Böhmerwald allein besitzt er eine Gesamtgrundfläche von 83.158 Hektar, wovon auf die Herrschaft Krummpan 49.101 Hektar entfallen. Auf dieser Herrschaft stehen 355 Beamte und Angestellte in Dienst und 2902 Arbeiter schaffen im Walde und auf den Meierhöfen und mehreren seiner Güter. — Und welches war der Lohn der Schwarzenbergischen Sklaven? Vor dem Kriege verdiente ein Holzhauer bei der Brennholzerzeugung (Alfordarbeit) eine Krone bis eine Krone vierzig Heller und es mußte schon besonders gut gehen, wenn er eine Krone sechzig Heller verdiente; im Tagelohn wurden sechzig Heller bis eine Krone bezahlt. Bei der Erzeugung von Bauholz (ebenfalls Alfordarbeit) kam der Holzhauer auf einen Durchschnittslohn von einer Krone bis einer Krone zwanzig Heller. Die schwierigste und gefährlichste Arbeit ist das „Holzausrücken“. Das jährliche erzeugte Holz wird im Winter auf festen Handschlitten zu Tafe gebracht und die vielen Wärtler am Wege sprechen eine recht deutliche Sprache von der Gefährlichkeit dieser Arbeit. Man sollte nun meinen, daß für diese lebensgefährlichste Arbeit auch ein entsprechender Lohn gezahlt wurde. Aber weit gefehlt. Dieselben Schundlöhne, welche für die Erzeugung des Holzes gezahlt wurden, zahlte man auch für die Ausrückung und so zahlte beispielsweise die Forstdirektion Langeudorf noch im Jahre 1914—1915 für die Ausrückung eines Raumes oder Hektar Holzes 55 bis 95 Heller. War nun das Schicksal dem Holzhauer nicht gnädig gestimmt und es widerfuhr ihm ein Unglück,

dann konnte er zusehen, wie er durchkam. Denn eine Unfall- und Krankenversicherung hat es bei diesen gewaltigen Herren bis zum Umsturz nicht gegeben. Der in seinem Dienste Verunglückte oder Erkrankte bekam zwar ärztliche Hilfe und die Heilmittel, und bekam er auch noch Krankengeld für einen Teil seiner Krankheitsdauer, dann war es schon ein Gnadenakt und es mußte der betreffende Holzhauer aber schon sehr gut bei dem Herrn Förster, dessen Willkür er ausgeliefert war, angeschrieben sein. Wenn aber der Holzhauer alt und unfähig war, noch weiter in den Wald zu laufen und die Güter des „gnädigen Fürsten“ zu mehren, dann war er ganz auf dessen Gnade angewiesen. Großmütig gewährte dann Herr Schwarzenberg seinem Holzhauer, der dreißig bis fünfzig Jahre für ihn gerodet und geschuftet hat, wenn darum angefragt wurde, ein jährliches Gnadengeld von 20 bis 40 Kronen, ausnahmsweise manchmal 60 Kronen. Das sind fünf bis zehn, bis 16 1/2 Heller täglich. Wogte es nun einer der Holzhauer über die Auswanderung seiner Arbeitstrast aufsummen, dann konnte er gewärtig sein, daß er von Haus und Hof verjagt und ihm das keine Grundswid, welches den Mann ohnehin nicht nährte, weggewonnen wurde. Die Schwarzenberger haben es nämlich ganz gut verstanden, zwei Klagen mit einer Klappe zu schlagen. Auf der einen Seite machten sie sich die Holzhauer durch Verpachtung von Hingründen, deren Ertrag das für eine dürftige Existenz unentbehrliche deckte, abhängig, auf der anderen Seite schufen sie sich billige Arbeitskräfte.

Diese Zustände hielten bis zum Umsturz an und haben sich seither nicht viel geändert. Die Revolution brachte den Land- und Forstarbeitern die Krankenversicherung und die Einlösung ihrer Hingründe. Dort, wo die Land- und Forstarbeiter den Wert des gewerkschaftlichen Zusammenstehens erkannt und sich eine stramme Organisation geschaffen haben, wurden auch schon bedeutende Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erzielt.

Wie sieht es mit dem Deutschtum der Schwarzenbergs aus? Wenn sie so gute Deutsche sind, wäre es ihre Pflicht schon lange gewesen, die unmenschlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer deutschen Volksgenossen, der Landarbeiter und Holzhauer zu verbessern und nicht erst zu warten, bis die „nationlosen“ Sozialdemokraten sich der armen Volksgenossen annahmen, sie in Organisationen zusammenzuschließen und erst dieser die Verbesserungen erzwingen. Und man sollte auch glauben, daß die „deutschen Fürsten Schwarzenberg“ nur deutsche Beamte und Angestellte anstellten, nur deutsche Arbeiter beschäftigten. Die Zahlen stellen aber dem Deutschtum Schwarzenbergs nicht das beste Zeugnis aus. So stehen bei der Herrschaft Krummpan gegenwärtig 355 Beamte und Angestellte und 2902 Arbeiter im Dienst, von diesen 3257 Personen sind 2034 oder 63,1 Prozent Deutsche und 1203 oder 36,9 Prozent Tschechen. Noch stammsüchtiger wird das Deutschtum Schwarzenbergs, wenn man das Verhältnis der Deutschen und Tschechen bei den drei deutschen Sektionen Neuhof, Arenau und Schwarzbach der Landwirtschaft betrachtet. Es sind dort 223 oder 43,2 Beamte, Angestellte und Arbeiter deutscher und 294 oder 56,8 Prozent tschechischer Nationalität bedienstet. Wie muß das Verhältnis der Nationalitäten erst bei den im tschechischen Gebiete liegenden Herrschaften Frauenberg, Protivín und Bíttingau ausfallen?

Es ist nicht uninteressant, die Stellung des deutschbürgerlichen Schriftstellers Karl Pröll in seinem Buchlein „Vergessene deutsche Brüder“ (Reklamverlag) gegenüber dem „Deutschen Fürsten Schwarzenberg“ zu zitieren. Pröll schreibt über Frauenberg: Charakteristisch für den hier herrschenden Geist ist, daß mir und meinem Freunde ein Sakoi als Führer beigegeben wurde, der nur tschechisch sprach und zu verstehen vorgab. Wäre mein Begleiter nicht dieses Idioms einigermaßen mächtig gewesen, so hätten wir an verschiedenen fürstlichen Reliquien verständnislos vorbeigehen müssen.

Über Krummpan schreibt er: „Die Stadt zeichnet sich durch entschiedene deutsche Gesinnung aus, welche trotz der Beeinflussung fürstlicher Beamten nicht gelitten hat. Letztere gebärden sich, dem Beispiele des jetzigen Majoratsworden folgend, als Pioniere des Tschechentums. An einem eigenen „Im Königreich Schwarzenberg“ betitelten Kapitel führt er an, daß es noch ein halbbeudales Zwischenreich gibt, welches aus den gedachten Namen Anspruch erheben darf. Obwohl im Rahmen des österreichischen Staates sich befindend und seinen Gesetzen unterworfen, haben sich dort eigene soziale und wirtschaftliche Verhältnisse erhalten, welche an verschollene Zeiten gemahnen. — Und der größte Teil der Waldbewohner ist ihm eigen, weil ihre Existenz an seinen Willen geknüpft scheint. — „Herrzog von Krummpan“ darf sich der Nachkommen jener fränkischen Edelleute — — — die besonders durch kluge Deiraien ihren Reichtum gesteigert haben, nennen. Dieser verfügt noch über eine ganz andere Macht — — — nämlich über ein zahlreiches Heer von Beamten und Forstleuten, welche das System der Abhängigkeit von dem Feudalherrn im Bereiche seines großen Grundbesitzes stützen. — — — Die Beamten können wohl anordnen, zur Ausführung braucht man Arbeitskräfte. Diese dauernd zu binden, sie indirekt hörig zu machen, ist zweifellos sehr vorteilhaft. Nun scheint es für den oberflächlichen Blick sehr human, wenn die für Forstgewinnung notwendigen „Holznerchte“ nicht herbeigezogene Arbeiter, sondern in der Gegend sechshundert gemachte Leute sind. Das ist aber weit mehr praktisch als wohlmeinend. Es entsteht ein Pächtersystem, bei dem der Einzelpächter keineswegs jene Grundfläche erhält, deren

Bewirtschaftung zur Erhaltung seiner Familie zureicht. — — — Der Pachtzins ist nach dem Begriffe reicher Gegenden nicht übermäßig hoch, wird aber langsam emporgeschraubt. — — — So entwickelt sich ein Raubbau an der Arbeitskraft neben dem teilweisen Brachliegen derselben. Paragraph 18 der durch die Schwarzenbergischen Beamten abgeschlossenen Pachtverträge besagt, daß kein Pächter sich weigern dürfe, sobald und so oft er zu einer Dienstleistung auf fürstlichem Grunde gerufen wird, dem Rufe Folge zu leisten, widrigenfalls der Pachtvertrag sofort als gelöst zu betrachten ist. Eine solche Klausel entspringt übermütiger Gebieterlust. Unter diesen Umständen ist es natürlich, daß die Bevölkerung des Böhmerwaldes sich nicht über einen niederen Lebensstand zu erheben vermag. — — — So ist der Böhmerwald sozialpolitisch und wirtschaftlich um ein volles Menschenalter zurückgeblieben; er leidet unter dem Fluche verstockter Feudalzustände und der indirekten, der privatrechtlichen Ökonomie.

Der „Erdring“ und Fideikommiß-Nachfolger Adolf Josef verleugnet den deutschen Ursprung seines Geschlechtes, und begab sich in die Reihen der Feinde. Er ist ein slawischer Streber feudalen Gepräges geworden. Seine Beamtenhaft ist über die Hälfte tschechisiert, der deutsche Rest bekannnt sich aber zur Auffassung von „treuen Dienern seines Herrn“. Ueber die Wahl des Adolf Josef Schwarzenberg und der dabei mit Erfolg angewendeten großen und kleinen Mittel schreibt Brüll: „Von Androhungen der Pachtaufhebung und Subventionsziehung für den Landarzt bis zu Freibieren, Freizegelbahnen, Ochsenkauf bei selbständigen Bauern, deren Stimmen man mitzuverwenden gedachte, kam alles in Anwendung. Der weber populäre noch redevundige Fürst hat nach ungarischen Mustern seine Wahl betreiben lassen, und ist jetzt ein Affiliierter des Tschechenlums. — — — Seinen Neuerungen zufolge ist er ja stolz darauf, dem Tschechenvolke anzugehören. Die fürstlichen Beamten fördern aber die tschechische Propaganda mit größerer und feineren Präzision.“

So beurteilt ein deutschbürgerlicher Schriftsteller das „System Schwarzenberg“. Unsere deutschbürgerlichen Bediensteten haben aber keinen größeren Ehrgeiz als „unseren deutschen Fürsten“ anzukröhlen und die besondere Frechheit, das deutsche Volk, diese Tausende von Landarbeitern und Soldaten, zum Kampfe für die Weiterbelassung des Besitzes in den Händen der Schwarzenbergs aufzurufen. Dieselben Land- und Waldarbeiter, die gehungert und gedarrt, deren Haar frühzeitig ergraut und deren Rücken in harter Frohnarbeit krumm geworden ist, dieselben Land- und Waldarbeiter, deren Vorfahren den Herren von Schwarzenberg die Wälder gerodet und das unwirtliche Land im Schwelge ihres Angefichtes urbar gemacht haben und die ihren Nachkommen, trotz dem vergossenen Schweiß und der harten Arbeit, nichts anderes hinterlassen konnten, als ein Stück steinigen Bodens, (denn die besseren Stücke hat sich die Herrschaft genommen,) der ihnen, wenn sie sich dem Fürsten und seinen Beamten nicht bedingungslos unterwerfen, jederzeit weggenommen werden konnte und auch weggenommen wurde. Bis zum Ekel haben die Schwarzenbergschen Sklaven die „Wohltäterherrschaft“ satt und: „Fort mit dem Sklavenhändler Schwarzenberg!“ ist ihre Losung.

Und wie der Schwarzenberg von seinen Forstarbeitern „geliebt und geehrt“ wird, so werden die Buquoy und Thun, die Hohensollern und Fürstenberg, die Clam-Gallas und Czernin und wie sie noch heißen, von ihren Forstarbeitern geliebt und geehrt.

Weg mit dem Fideikommiß! Gegen die Verstaatlichung, für die Bergeshaltung, für den Sozialismus werden die Forstarbeiter Schulter an Schulter mit der gesamten internationalen, klassenbewußten Arbeiterschaft kämpfen.

Telegramme.

Die Entente für die Neutralität Konstantinopels.

London, 15. September (Reuter). Als Ergebnis der heutigen Kabinettsitzung wurde das von Kommande Einkernehmen zwischen der britischen und der französischen Regierung, soweit es sich um die Notwendigkeit der Erhaltung der Neutralität der ganzen entmilitarisierten neutralen Zone handelt, konsolidiert. Es wurde weiters beschlossen, daß die französische, britische und italienische Regierung Mustafa Kemal Pascha gemeinsam diesen ihren Standpunkt zu verstehen geben. Es werden Vorbereitungen getroffen werden, damit Verstärkungen in die neutrale Zone entsandt werden können, welche, falls seitens Mustafa Kemal ein Angriff drohte, die allierten Truppen unterstützen würden. Die britische Flotte wird den Befehl erhalten, die Ueberführung türkischer Abteilungen nach Europa nicht zu dulden.

Vor dem Kampf der französischen Eisenbahner.

Um den Achtstundentag.

Paris, 15. September. Nach einer Habas-meldung hat das Bureau des Nationalverbandes der Eisenbahner heute eine Erklärung veröffentlicht, in der es entrüstet Protest gegen das neue Dekret über den Achtstundentag bei den Eisenbahnen erhebt. Der Verband bestreitet dem

Gegen Arbeitslosigkeit und Teuerung, für den Preisabbau.

Für die Arbeitslosen im Bezirke Tetschen.

Im Bezirke Tetschen sind nicht weniger als 5000 Bollarbeitslose und 9000 Kurzarbeiter, sodas zwei Drittel der Arbeiterschaft des Bezirkes von der Wirtschaftskrise heimgesucht sind. Vor einigen Tagen beschloß sich nun eine gemeinsame Sitzung der Kreisregulativ der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Tetschen und der Kreisgewerkschaftskommission unter Zugiehung von Vertretern der Genossenschaften mit der katastrophalen Wirtschaftskrise und beschloß, die Genossen Schiller und Fister im Verein mit dem Abgeordneten Genossen Schweichardt zu den kompetenten Stellen nach Prag zu schicken, um dort die rasche Durchführung statlicher Bauten und den Ausbau der Arbeitslosenunterstützung zu betreiben. Am 13. September sprach nun die Abordnung in der Eisenbahndirektion und im Eisenbahnministerium vor, damit die projektirten Bauten baldigt in Angriff genommen und vor allem einheimische Arbeiter beschäftigt werden. Dies wurde auch zugesagt. Sichergestellt ist der Bau eines Wohnhauses; ein Eilgutmagazin, eine Umladerampe und ein zweites Wohnhaus sind projektirt, ferner wird bald die Straßenregulierung bei der neuen Einfahrt (von der D. B. B.) erfolgen. Unsere Genossen wiesen mit allem Nachdruck auf die skandalösen Zustände am Bodendacher Bahnhof hin und forderten einen den heutigen Bedürfnissen entsprechenden Umbau des Stationsgebäudes. Im Zusammenhang mit dem Bahnhofsumbau kommt auch die Regulierung des Eisouabachers in Frage. Im Ministerium für soziale Fürsorge verhandelten die Genossen in Vertretung des abwesenden Ministers Fabman mit dem Abteilungspräsident Soucel und legten ihm an der Hand genauer statistischer Daten die ganze außerordentlich schwierige Lage im Tetschener Industriebezirke dar. Die Abordnung verlangte die Ausdehnung der Arbeitslosenunterstützung von 6 Monate auf 1 Jahr. Der genannte Funktionäre versprach die jeweiligen Ansuchen befürwortend an das Finanzministerium weiter zu leiten. Auch das Verlangen nach einem Zwange für die Unternehmer, die benötigten Arbeitskräfte durch die Bezirksarbeitsvermittlung zu beziehen, fand Zustimmung. Mit diesen Interventionen ist ein neuerlicher Schritt getan worden zugunsten der Arbeitslosen; weitere Schritte werden folgen, um die Schreden der Not, soweit wie nur irgendwie möglich, aus den Kreisen der Proletarierfamilien zu bannen.

Der Wucher der Postverwaltung.

Wie die Postverwaltung den Aufruf der Regierung, die an alle Staatsbürger appellierte, den Preisabbau zu fördern, befolgt, zeigt die nach-

folgende Darstellung, die wir unserem Aussen-Bruderblatte, dem „Volkrecht“ entnehmen: Wir bekamen dieser Tage von der Post die Beschreibung über die Postabonnements der reichsdeutschen Zeitungen. Vor acht Monaten bezahlte man durchschnittlich 36 Kronen pro Vierteljahr. Wer beschriebt nun unser Entsetzen, als die Post auf einmal von uns z. B. für das Abonnement des „Berliner Tageblatt“ für die Dauer von drei Monaten den Betrag von 164.49 K^o, sage und schreibe einhundertvierundsechzig Kronen 49 Heller verlangt? Wir sehen auf dem Kopf des Blattes nach und finden, daß es seinen Bezugspreis auf 300 Mark pro Monat, zweimalige Zustellung täglich ins Haus inbegriffen, festgesetzt hat. Drei mal drei gibt nach dem Adam Niese bekanntlich neun, das Blatt kostet also in drei Monaten neunhundert Mark, rechnen wir die Postzustellung mit höchstens — und das ist gut gerechnet — 200 Mark hinzu, so kostet das Blatt 1100 Mark pro Vierteljahr, bei einem durchschnittlichen Umrechnungskurs der Mark zu 40 gerechnet, was sicherlich nicht so günstig geschätzt ist, 22.50 tschechoslowakische Kronen. 22.50 K^o kostet das Blatt und die Post hat die Unverschämtheit, von den Postbezüglern 164.49 K^o zu verlangen! Das ist natürlich kein Beispiel, das allein dasteht, wir könnten mit allen übrigen Zeitungen, die wir beziehen, das gleiche Umrechnungskursstück wiederholen. Und wo es nicht umzurechnen geht, da geht die p. t. Postverwaltung einfach her und erhöht aus eigener Nachvollkommenheit die Preise. So schreibt die „Frankfurter Zeitung“ ihre Bezugspreise in der Baluta vor, in der das Blatt bestellt wird. Für die Tschechoslowakei finden wir einen Bezugspreis von 87.43 K^o auf dem Kopfe des Blattes, was an sich schon teuer genug ist, die Post aber will uns 129.86 K^o abknöpfen! Die gesamte Presse sollte sich einmal gegen die unerhörte Ausplünderung, der sie da wehrlos ausgefetzt ist, energisch bei den staatlichen Behörden beschweren und Abhilfe fordern. In anderen Ländern unterstützt und fördert man die Presse, weil man weiß, ein wie wichtiger Bestandteil des öffentlichen Lebens sie ist, bei uns ist sie für den Staat offenbar — mit Ausnahme der Regierungspresse natürlich — eine willkommene Welsch. Es gewinnt fast den Anschein, als ob der Staat die Defizite der Regierungspresse auf diese Weise durch indirekte Steuerumlagen auf die anständigen Zeitungen decken möchte. Eine Milchfrau, die den Liter Milch um drei Kreuzer teurer verkauft, als ihr vorgeschrieben wird, bestraft man durch das Wuchergericht; wird der 750prozentige Wucher der Postverwaltung immer ungestraft bleiben?

Tages-Neuigkeiten.

„Alle diese Kongresse sind mir in der Seele zuwider!“, so rief Herr Dr. Kramarsch in Turnau aus, wo er am Sonntag eine große politische Rede schwang. Ja, was das Herz voll ist, das geht der Mund über — und Herrn Dr. Kramarsch's Herz ist, ach, zum Zerpringen voll von Wut und Zorn gegen die in letzter Zeit sich mehrenden Tagungen, auf denen Minoritätenprobleme aufgerollt werden, wo sich Menschen verschiedenster Länder auf internationaler Grundlage zu finden scheinen, wo wieder vielleicht das Menschheitsrecht zum Durchbruch kommen soll. Solche Anlässe gegen nationalen Chauvinismus verträgt das schwach gewordene Herz des Dr. Kramarsch nun einmal nicht. Kongresse sollten nur in Turnau oder Caslau abgehalten werden. Sprechen darf nur Kramarsch, Maschin und sonstige nationaldemokratische Größen und mit der Erklärung der Lösung der Welterschöpfung durch den Slavismus darf ein für allemal nur das tschechische Korrespondenzbüro betraut werden. Dann wird Herr Dr. Kramarsch sicherlich zufrieden sein.

Die Stadt Aulzig und die Wirtschaftskrise. Die „Cestlovenka Republika“ beschäftigte sich in ihrem Leitartikel vom Mittwoch mit einem Beschlusse der Aulziger Gemeindevertretung, welcher vom Staat die Durchführung einer Reihe von Notstandsarbeiten forderte, um die herrschende Wirtschaftskrise einzudämmen. Das Blatt knüpft an diese Forderung die Bemerkung, daß die Stadt zwar nichts für die Staats- und Bauarbeiten gezeichnet habe, jedoch selbstverständlich die Rückerstattung der Kriegsanleihe fordere. Wenn die Stadt kein Geld zur Verfügung gestellt wird, so könne er auch nicht bauen. Gleichzeitig verlangt das Blatt, daß die Stadt selbst auf ihre Kosten die Arbeiten durchführt und verweist die Stadt darauf, daß es weit besser wäre, sich an die großen Industriebetriebe zu wenden, damit sie die an sich unberechtigten Arbeiterentlassungen nicht durchzuführen. Es ist ganz unrichtig, daß die Stadt eine vollständige Uebernahme dieser Notstandsarbeiten durch den Staat gefordert hat, die Stadt hatte im Gegenteil nur verlangt, daß der Staat mit der Bezahlung von zwei Dritteln der erforderlichen Arbeitslöhne zu der Durchführung der Notstandsarbeiten beitrage, während die Stadt das restliche Drittel und die ganzen Kosten der Projekte, des Materials usw. beistellen will, also weit mehr als die Hälfte der Baukosten aus eigenen Mitteln zu tragen ge-

Gesellen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

willt ist, damit der Arbeitslosigkeit ein Riegel vorgeschoben wird. Wenn die „Cestlovenka Republika“ die Stadt auf die Maßlosigkeit der Arbeiterentlassungen verweist, so ist darauf zu antworten, daß es ja Sache des Staates sein muß, die Unternehmer an diesem Beginnen zu hindern. Es muß aber gerade in Aulzig festgestellt werden, daß insbesondere die Vertretung des Staates, nämlich die politischen Bezirksbehörden, nicht das geringste gegen die Unternehmer und gegen den Preiswucher unternimmt. Es wäre wesentlich klüger, wenn das Blatt anstelle weiser Belehrungen der Stadt Aulzig sich lieber bei den Regierungsinstanzen dafür einsetzen wollte, daß die politische Bezirksverwaltung in Aulzig ihre Pflicht der Arbeiterschaft und der Bevölkerung gegenüber erfüllt.

Nachtsolle Kundgebung der Arbeiterschaft von Winterberg. Durch ihren Massenbesuch der am 11. d. im Wieserkaale von beiden sozialistischen Parteien einberufenen Kundgebung hat die Arbeiterschaft Winterbergs (Südböhmen) neuerdings bewiesen, daß sie in ihrer Kampfbereitschaft und Parteidisziplin den nordböhmisches Klassen genossen in keiner Weise nachsteht. In treffenden Worten schilderten die beiden Referenten, Sekretär Hilgarth (deutscher Sozialdemokrat) und Sekretär Bieker (Kommunist), die Ursachen und Wirkungen der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit, gehalten in scharfen Worten die unverantwortliche Politik der jetzigen Regierung und unterzogen in ebenso treffenden als abfälligen Worten das Verhalten der deutschbürgerlichen Parteien einer vernichtenden Kritik. In kurzen Worten wurde auf den Leidensweg hingewiesen, den die arbeitende Klasse dieses Staates zu gehen haben wird, um in Zukunft einen derartig freivol provozierten Generalangriff des Industrie- und Finanzkapitals — mit oder ohne Beihilfe der Regierung — erfolgreich abweisen zu können. Die verlesene Resolution wurde einstimmig angenommen. Eine Deputation wird sie der politischen Bezirksverwaltung überreichen und diese auf den Ernst der Lage aufmerksam machen. Der anschließende gewaltige Demonstrationzug durch die Stadt auf den Ringplatz, zeigte jedem Bürgerlichen klar und deutlich, daß ihre Hoffnung auf die Aktionsunfähigkeit des hiesigen Proletariats nur ein schöner Spiegetraum war.

Eine „Vision“ des neuen Deutschland erhielt ein Gablons-erfahrener und seine Schüler in der Edmundsklamm im Elbsandsteingebirge. In einem Artikel, den der „Geist“ in der „Reichsdeutscher Zeitung“ veröffentlichte und in dem er den Ruf nach einem „geistigen Adel“ erhebt, (der ganze Artikel ist übrigens ein phrasenreiches, inhaltsloses Geschwätz, da der Schreiber es wohlweislich vermeidet, nach den Ursachen der geistigen Verarmung der heutigen Zeit zu forschen), berichtet der Fachlehrer über ein Erlebnis in der Edmundsklamm und schreibt:

„In der Edmundsklamm. Zu beiden Seiten turmhoch Felsen, in der schmalen Schlucht tief-schwarzes Gewässer, mitten auf zwei Boote mit dem Bootsführer. Ich sehe im ersten mit meinen Schülern, die lärmend das Geschnahe beschreiben, plötzlich wie auf Kommando heilige Stille. Aus dem zweiten Boote ertönt Lautenklang und Gesang. Wir sind am Ufer, zu Tränen gerührt erwarten wir den Rahu mit den Sängern. Siehen starkknöchige Junglinge entsteigen dem Bootsführer und sammeln sich schweigend um den Führer. Stumm und ernst schreiten sie vorwärts. Mir und meinen Jungen wars wie eine Vision. Ich sah in den sieben Jünglingen mit der hohen strengen Stirn und der reinen Stimme ein neues Deutschland, ein Stück Zukunft. Solche würden bereitst Deutschland's Feinde zu allen Teufeln jagen.“

Es bleibt unverständlich, was der „geistige Adel“ des deutschen Volkes mit „sieben starkknöchigen Jünglingen“ zu tun hat. Bestand vielleicht die Vision des Herrn Fachlehrers und seiner Jungen nur in der Angst vor den „starkknöchigen“ Händen der Jünglinge, weil sich die Gablonsger etwas allzu lärmend benommen haben? Der letzte Satz schließlich des stimmungsvollen Ergusses ist nicht ernst zu nehmen, nachdem der Fachlehrer für das Deutschland so „begeistert“ ist, daß er nicht einmal anständig deutsch kann. In jeder deutschen Grammatik kann er sich über die Verwendung, oder vielmehr Nichtverwendung von „solche“ Aufschluß holen.

Die Geschichte eines Tausenders. Welch wunderbare Wege der Bürokratismus einen fahrrad und dann doch echten Tausender geben läßt, erzählt eine Geschichte, die sich in Chodau bei Karlsbad zugetragen hat. Dort erhielt ein Schulleiter im Jahre 1919 bei einer Gehaltsnachzahlung einen Tausender. Der gute Mann dachte nicht daran, daß die Banknote, die er zum erstenmal in seinem Leben besaß, falsch sein könnte. Doch schon der Kaufmann, bei dem der Schulleiter die Note nach einem Einkauf wechselte, war vorsichtiger und ließ sich eine Bestätigung geben. Als der Kaufmann den Tausender bei der Post wechseln wollte, wurde er tatsächlich für falsch erklärt, eingezogen und dem Bankamt abgeführt. Der Schulleiter mußte dem Kaufmann den Schaden ersetzen und konnte nun die Beschwerde einreichen. Der Akt ging vom Bankamt zum Ministerium, ein Advokat trat in Funktion, die Behörden suchten nach Banknotenfälschern — drei Jahre schon dauerte der Amtsweg der Beschwerde des Schulleiters. Endlich erbatnte sich das Schicksal des armen Lehrers, denn der Referent im Bankamt erklärte auf einmal, die Banknote sei — echt! So konnte der Schulleiter schließlich wieder zu seinem Gelde gelangen; die Staatsämter werden hoffentlich mit den Akten des Falls lange genug heigen können.

Ohne Uniform geht es nicht! Viele Leute können die „schöne“ Zeit nicht vergessen, als sie noch im kaiserlich-königlichen Waffensrock herumlaufen konnten und dadurch auf andere Mitbürger (größtenteils Mitbürgerinnen), die sich durch andere Farbenprächtigkeiten und durch die „schimmernde“ Wehr in eine „höhere“ Stimmung bringen ließen, einen Eindruck zu erzielen imstande waren. Für diese Uniformmänner bedeutete es einen ungeheuren Verlust, als durch den Ausgang des Krieges die alte „Herrlichkeit“ für immer ins Grab sank. Da aber diese Menschen ohne ein äußeres Zeichen ihrer „Würde“ nicht leben können, versuchen sie es mit allen Mitteln, wieder zu ihrer schönen Uniform zu gelangen. Ueber derartige „Veteranen“ berichtet die Warnsdorfer „Abwehr“:

„Dem Vereine „Kameradschaft gedienter Soldaten in Warnsdorf“ wurde seitens der politischen Landesverwaltung in Prag das Tragen der Uniform gestattet. Ebenso wurde ihm von der Warnsdorfer Bezirksverwaltung die Anschaffung einer neuen Vereinsfahne (nach vorgelegter Zeichnung) bewilligt.“

Es ist gut, daß die „Kameradschaft gedienter Soldaten“ nicht auch um das Tragen von Hefenohren eingereicht hat. Denn das hätte man ihr erst gar nicht bewilligen brauchen, nachdem die Mehrzahl ihrer Mitglieder ohnehin nichts anderes zu sein scheint, als — am Kopfe ihren eigenen Schmutz tragende Lebewesen.

Sonderbares Vorgehen der Prager Mustermeßverwaltung. Auf unsere, am Donnerstag unter obigem Titel erschienene Notiz hat uns die Direktion der Prager Mustermeße, nachstehende Berichtigung eingesandt, deren Abdruck abzulehnen wir keinerlei Ursache haben, zumal unsere Notiz auf Informationen aus der tschechischen Presse beruht. Die uns zugesandte Berichtigung der Meßverwaltung lautet: „Die Firma A. W. Valley hat sich am 10. August, also längst nach Schluß der Anmeldefrist, als Aussteller für die Prager Mustermeße angemeldet und es wurde ihr der Teilstand No. 40218 zugeteilt. Ein Teil desselben Standes, bezeichnet mit No. 4021 a, wurde der, am 6. 4. angemeldeten Firma A. Rydlo, Prag-Smichow, am 22. 6. zugeteilt. Als der Katalog in Druck ging, war der andere Teil dieses Standes noch nicht besetzt, so daß im Kataloge bei der Firma Rydlo als Standnummer bloß die Nummer 4021 figuriert. Nach Anmeldung der Firma Valley wurden beide Stände mit den Buchstaben a resp. b bezeichnet und hiedon beide Aussteller verständigt. Von einem Verschulden der Meßverwaltung kann daher keine Rede sein. Die Schuld trifft vielmehr die Firma Valley, weil sie ihre Anmeldung nicht in vorgeschriebener Anmeldefrist, welche am 15. 6. l. J. endete, eingereicht hat.“

Empfindlich bestrafte Schmuggelversuch. Vor dem Schöffengericht in Dresden fand am Dienstag die Verhandlung gegen einen gewissen Josef Tropschuh aus Tepitz statt, der wegen Ausfuhrverstoßes und wegen Preistreiberei angeklagt war. Tropschuh kam vor einigen Wochen nach Dresden und kaufte sich hier Waren im Gesamtwerte von 60.000 Mark, unter anderem auch um 12.500 Mark einen Damemantel. Den Mantel hat Tropschuh um 38.000 Mark dem Maschinenschlosser Emil Kromholz aus Tepitz in einem Dresdner Hotel weiterverkauft. Tropschuh wurde jedoch von der Behörde abgefaßt und über ihn wegen Ausfuhrverstoßes eine Strafe von 955.000 Mark und wegen Preistreiberei eine weitere Strafe von 25.000 Mark verhängt. Kromholz, dessen Beteiligung an dem Geschäft mit dem Damemantel erwiesen wurde, kam mit 300.000 Mark Strafe davon. Die zu so hohen Strafen Verurteilten machen eine gerichtliche Entscheidung anhängig. Kromholz gab an, daß er sich in Dresden anzukaufen beabsichtigte und daß es nicht in seiner Absicht gelegen war, Schmuggel zu treiben. Tropschuh führte an, daß die Verordnung wegen Preistreiberei auf sein Geschäft mit dem Damemantel, da dieser ein Luxusgegenstand sei, nicht angewendet werden könne und daß man die Strafe wegen Uebertretung der Ausfuhrverordnung viel zu hoch bemessen habe. Das Schöffengericht war jedoch anderer Meinung. Es verurteilte Tropschuh zu — 13 Monaten Gefängnis und zu insgesamt 375.000 Mark Geldstrafe. Die beschlagnahmten Sachen sowie der beim Verkauf des Mantels erzielte Uebergewinn wurden vom Staate für verfallen erklärt. Tropschuh's Verteidiger legte gegen das Urteil Berufung ein.

Das „Deutsche Volksblatt“ in Wien eingegangen. Zu der von uns unter diesem Titel gestern gebrachten Notiz teilt uns ein Freund unseres Blattes mit, daß das christlich-sozial „Volksblatt“ nach dem Kriege in die Hände eines Konfessionsgenossen geriet, an dessen Spitze der General von Hoen gestanden hat, der zur Leitung des Blattes einen gewissen Langstein bestellte, welcher das Blatt in demokratischem Sinne leitete. Dieses Bruchexemplar von einem Journalisten war vor dem Kriege in Wien der Vertreter der tschechisch-keritischen Zeitung „Das Naroda“, welche dann in die Tschechoslowakei zurückkehrte, was ihm aber nicht möglich war, da er sich im österreichischen Kriegspressquartier als wasserschier Schwarzerber betätigt hatte und sich nun nach dem Kriege als Deutschdemokrat mauferte. Gegenwärtig ist der Mann, der an Wandlungsfähigkeit wirklich Hervorragendes geleistet hat, bei der tschechisch-nationalen Wiener „Morgenzeitung“ tätig. Das Staatsblatt des Krieges hat ihn also vom tschechisch-keritischen zuerst zum Deutschdemokraten und dann zum tschechisch-nationalen gewandelt. In einem Jahrgang hat der Mann drei Nationen und drei Weltanschauungen angehört. — Das „Deutsche Volksblatt“ geriet dann aus den

Händen des Generals v. Hoen in die des christlich-sozialen Landtagsabgeordneten Professor Engelmann, seine Tendenz war also zum Schluß christlich-sozial und monarchistisch. Die Geschichte des nunmehr eingegangenen Blattes und des bei ihm angestellten Journalisten ist charakteristisch für die bürgerliche Presse.

Ausweisung jüdischer Ausländer aus Ungarn. Wie „Az Ujszag“ meldet, hat der ungarische Minister des Innern am 31. August eine streng verordnete Verordnung erlassen, welche die Ausweisung bezw. Internierung ausländischer Staatsbürger jüdischer Rasse vorseht. Der Minister des Innern äußerte sich jedoch Zeitungsberichterstattungen gegenüber, der Inhalt der Verordnung sei in dem betrefenden Blatte entstellend wiedergegeben worden. Der Erlaß beziehe sich auf ausländische Staatsbürger ohne Rücksicht auf ihre Konfession und Beschäftigung, deren Verweilen im Lande vom Standpunkte der wirtschaftlichen Lage des Landes unmöglich und schädlich sei.

Grauenhaftes Wohnungselend in Berlin. In Frankfurt a. M. tagt gegenwärtig der Kongress des Deutschen Vereins für die öffentliche Gesundheitspflege. Zu den Gegenständen der Beratung gehört auch die Wohnungsnot. In einem Referat hierüber sagte Professor Dr. Morgenroth, der Direktor des statistischen Amtes in München, u. a., die Wohnungsnot sei nicht nur auf einen Rückgang der Bautätigkeit, sondern auch auf die Zunahme der Bevölkerungsdichtigkeit zurückzuführen, die sich trotz Gebietsabtretungen und Kriegsverlusten von 115 auf 134 pro Quadratkilometer erhöht habe. Durch das ungeheure Wachstum der Zahl der Chefklienten sei die Zahl der Haushaltungen um 803 Prozent gewachsen, außerdem sei der neue Wohnungsbedarf durch die Flüchtlinge und Rückwanderer um 150.000 Wohnungen vermehrt. Das Elend in den Wohnungen sei grauenhaft. In Berlin allein lebten 1139 Familien in Kellern, 22.800 Familien in Räumen, die kleiner seien als eine Gefängniszelle. Die Statistik lasse in geradezu unheimliche Wohnungsverhältnisse hineinschauen. Wohnungsaufsichten, Wohnungspflege mühten gegenüber diesem Elend vergeblich.

Ein zweifacher Raubmörder verhaftet. In Rissut bei Vilna wurde Mittwoch früh in seinem Hause der Gastwirt Köhler mit einem Herzstich ermordet aufgefunden. Die Leiche seiner Frau fand man im Keller; sie wies in der Magengegend eine große Stichwunde auf. Unter dem Verdachte, den Raubmord begangen zu haben, wurde von der Gendarmerie der 38jährige Benzol Sochor verhaftet, der über einen bei ihm gefundenen Betrag von 1800 Kronen keinen Aufschluß geben konnte. Sochor stand nach längerem Weigern die Tat. Er wurde dem Bezirksgerichte in Vilna eingeliefert.

Selbstmord. Donnerstag nachmittags gegen vier Uhr erhängte sich in Aulst der 82jährige Josef Raumann in der sogenannten Baumtschule. Er hatte schon gegen drei Uhr versucht, sich aufzuhängen, wurde jedoch von einem Arbeiter rechtzeitig abgebrochen. Nach einer Stunde wiederholte er seine Tat. Der Grund des Selbstmordes ist nicht bekannt, doch dürfte er in Raunung's Sorgen zu suchen sein.

Wein und Bier im Handelsverkehr mit Jugoslawien. Die zwischen den Delegierten des Königreiches SHS und der Tschechoslowakei anfangs der Woche aufgenommenen Verhandlungen erstrecken sich auf die Kontingentierung der zur Einfuhr zulassenden Menge von Wein, beziehungsweise Bier. Diese Kontingente werden mit 150.000 Hektoliter mit einem Einfuhrzoll von 420 tschechische Kronen und mit 50.000 Hektoliter Bier mit einem Einfuhrzoll von 280 Dinar per Hektoliter bemessen.

Die Vereinheitlichung der Gemeindeabgaben in Groß-Prag soll mit 1. Jänner 1923 durchgeführt werden. Das Finanzreferat der Stadt Prag hat die Vorschläge auf Vereinheitlichung der Gemeindeabgaben (mit Ausnahme der Wasserabgabe, über die noch verhandelt wird) bereits dem Finanzministerium vorgelegt und sobald dessen Entscheidung getroffen sein wird, werden sofort die Vorarbeiten zur Vereinheitlichung in Angriff genommen werden. Da die Zentralverwaltungskommission am 13. März 1922 beschloffen hatte, daß im kommenden Jahr in den an Prag angeschlossenen Bezirken Smichow und Karlin keine Bezirkszuschläge mehr erhoben werden, erlassen die genannten Bezirke viele Millionen an Abgaben. An dem Budget Groß-Prags wird in dem Sinne gearbeitet, daß alle Gemeindezuschläge in Prag und dessen Vororten gleich sein sollen. Dadurch gewinnen die Steuerzahler in einigen an Prag angeschlossenen Gemeinden, da dort die Gemeindezuschläge höher waren als in Prag.

Neue Münzen zu 10 und 5 Hellern. In der Krennitzer staatlichen Prägestalt wurden bereits Versuche zur Prägung neuer Scheidemünzen zu zehn und fünf Hellern vorgenommen. Die neuen Münzen sind von kupferroter Farbe und bestehen etwa zu 92 Prozent aus Kupfer und zu acht Prozent aus Zinn. Die Größe des zehn-Hellerstückes beträgt 18 Millimeter im Durchmesser, jene des fünf-Hellerstückes etwa 16 Millimeter. Der Avers zeigt, wie bei den 20- und 50-Hellerstückchen, das Relief des doppelköpfigen Löwen mit der Aufschrift „Republika Cechoslovenska“, die andere Seite zeigt eine Seitenansicht der Karlsbrücke mit der Moldau und die Wertangabe in den Ziffern 10 bezw. 5 ohne weitere Benennung. Im ganzen sollen, wie dies gesetzlich bestimmt ist, 500 Millionen Stück zehn-Hellerstücke und 600 Millionen fünf-Hellerstücke geprägt werden. Die bereits hergestellten Exemplare dienen nur Versuchswecken, mit der eigentlichen Prägung der für den Verkehr bestimmten Münzen wird erst zu einem späteren Zeitpunkt begonnen werden.

Die Affe werden billiger. Der Verband der Tuchmacher und -Verlänger hat beschlossen, die Preise aller Güte um 35 Prozent herabzusetzen. Es ist zu erwarten, daß diese Preisermäßigung für Güte in der kürzesten Zeit nicht nur in Prag, sondern auch in der ganzen Republik in Kraft treten wird.

Ein Prager Professor wegen Bücher schmuggels in Deutschland verurteilt. Wie die Dresdener Blätter melden, wurde dort Ende August der Prager Professor Starý beim Einsteigen in den Bodenbacher Zug angehalten, weil er wissenschaftliche Bücher im Werte von 50.000 Mark und andere Dinge, deren Ausfuhr verboten ist, in Deutschland angekauft hatte. Trotzdem er angab, daß ihm ein wissenschaftliches Reisependium erteilt worden sei, wurde er dieser Tage zu zwei Wochen Gefängnis und 30.000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Kleine Chronik.

Große Feuersbrunst in Smyrna. 1000 Menschen in den Flammen umgekommen. — 60 Millionen Dollar Schaden.

Paris, 14. September. (Hs.) Nach einem Telegramme aus Smyrna vernichtete eine große Feuersbrunst die griechischen und armenischen Stadtteile und dehnte sich auch auf andere Viertel aus. Das Entsetzen der Bevölkerung ist unbeschreiblich. Die italienischen Schiffe bemühen sich, die italienische Kolonie zu retten.

Paris, 15. September. (Havas.) Der „Chicago Tribune“ zufolge sind bei dem Brande in Smyrna tausend Personen zugrunde gegangen. Der Schaden beziffert sich auf 60 Millionen Dollar.

Brand im Militärarsenal in Pola. Blättermeldung zufolge ist im Militärarsenal in Pola ein Schadenfeuer ausgebrochen.

„Wo ist denn das Schwänzen hingekommen?“ Unter diesem Titel behandelte Prof. Wilhelm Freudenberg in der „Umschau“ den Verlust des menschlichen Schwanzes, von dem stummförmige Reste mit oder ohne Wirtel im Innern des öfteren gefunden werden. „Es war vielleicht“, meint er, „noch zur Coccinelle, im Anfang des Tertiärs, nach vorläufiger Schätzung vor etwa sechs Millionen Jahren, ein unentbehrliches Modestück, dazu noch von größtem Nutzen, da kein Urwaldschaff ohne dasselbe behaupten konnte.“ Nach Anschauung des Gelehrten hat der Mensch erst in Miozän, und zwar in dessen Frühzeit den Schwanz verloren oder vielmehr nicht der Mensch, sondern jener Menschenahn, dessen Fortentwicklung allmählich zum Menschen führte, denn in jener Zeit waren die Menschenaffen und die Menschen noch nicht getrennt. Nicht nur der Mensch hat ja den Schwanz verloren, sondern es gibt auch unter seinen Vetter, den Affen, einige Arten, die schwanzlos sind. Sie geben mächtige Hinweise für die Gründe, die wir bei dem Absterben des Menschenschwanzes anzunehmen haben. Der Affe von Marokko und Gibraltar, ein Felsentier, das im älteren Diluvium Europas mit Ausnahme des kalten Nordostens verbreitet war, ist heute schwanzlos; seine Ahnen aber hatten jedenfalls Schwänze wie die übrigen Affen. Ein Verwandter des Gibraltaraffen, der in Südindien lebt, hat einen sehr wohl entwickelten Schwanz. Der europäisch-nordafrikanische Affe war wohl ursprünglich im Miozän Europas wie seine Vetter ein wärmeliebendes Tier, das dann durch seinen Aufenthalt auf vereistem Felsen in der Diluvialzeit den Schwanz einbüßte. Die Tiere saßen mit den Vorderpfoten aufgestützt auf dem kalten Boden, und die dauernde Zusammenziehung der Blutgefäße durch die Kälte unterband die Ernährung des Schwanzes. Das dauernde Unterbleiben des Ernährungsorgans an einem nutzlos gewordenen Organ dürfte mit der Zeit zur Rückbildung dieses Organs geführt haben. Ruhlos war der Schwanz für den Affen geworden, da er ihn in dieser Zeit der Steppenbildung nicht mehr zum Baumklettern verwenden konnte. Wenn wir uns die ganze Gruppe der Menschenaffen in den Steppen des Miozäns mit ihrem immer kontinentaler werdenden Klima, den kalten Wintern und kühlen Nächten auch im Sommer vorstellen, so müssen wir annehmen, daß sie, ganz so wie der schwanzlose Gibraltaraffe ihre Schwänze verloren. Die Vorfahren des Menschen müssen damals in Gestalt felsenleitender Säugetiere auf den hohen asiatisch-europäischen Felsplateaus gelebt haben. Der Verlust des Schwanzes wurde gefördert durch die hochende Stellung, die den Affen des Menschen eigen gewesen sein muß. Die allmähliche Verklümmung ist wohl so zu denken, daß zunächst die Haut, dann aber auch die übrigen Gewebe des Schwanzes einer Unterernährung und dem langsamen Absterben anheim fielen.

Pfarrer im Vatikan. Italienische Blätter wissen von Präzisionen zu berichten, die bei der vatikanischen Kongregation der Sakramente kürzlich zur Aufhebung kamen. Die Kongregation, die eine der wichtigsten Abteilungen bei der Verwaltung des heiligen Stuhls darstellt, ist mit der Sonderaufgabe betraut, die unter bestimmten Verhältnissen erforderlichen Heiratsdispense auszustellen, für die die Beteiligten eine ihrer Vermögenslage angepaßte Lage zu zahlen haben. Man hatte nun vor einiger Zeit bemerkt, daß zwei bei der Kongregation beschäftigte Priester nach Bürofluß noch in den Diensträumen zu bleiben pflegten. Angesichts dieses befremdlichen Arbeitseifers wurden beide überwacht, und man stellte fest, daß sie die Ueberstunden dazu benutzten, u. a. b. f. g. Dispensentische auf den amtlichen Formularen auszufüllen, um den dafür entfallenden Betrag in ihre Tasche zu stecken. Der Papst, dem über diese Angelegenheit Vortrag gehalten wurde, befahl, beide Priester sofort vom Amt zu suspendieren und eine strenge Untersuchung einzuleiten. Wenn diese die Schuld der Verdächtigten ergibt, sollen sie der italienischen Polizei übergeben und dem ordentlichen Strafverfahren zugeführt werden.

Weltwirtschaft und Sozialpolitik.

Frankreichs Wirtschaftslage.

Sowohl die Produktionsstatistik als die Ziffern des Außenhandels deuten in der letzten Periode auf einen wesentlichen wirtschaftlichen Aufschwung Frankreichs hin. In dem Aufschwung der Produktion hat besonders die wesentliche Steigerung der Eisen- und Stahlerzeugung teil. Mai 1922 hat die Eisenproduktion Frankreichs die Vorkriegserzeugung bereits übertraffen. Zu gleicher Zeit war seine Stahlproduktion beinahe so hoch wie vor dem Kriege. Gegenüber 1921 ist in diesen beiden Produktionszweigen eine Erhöhung um ungefähr ein Drittel zu verzeichnen.

Aus der Außenhandelsstatistik für die ersten sieben Monate 1922 sind einige wichtige Erscheinungen hervorzuheben. Erstens springt die gewaltige Steigerung der Rohstoffzufuhr gegenüber 1921 ins Auge; gegen 17 Millionen Tonnen in den ersten Monaten 1921, sind 1922 in der entsprechenden Periode 25 Millionen Tonnen eingeführt worden. Besonders hoch war die Mehrfuhr für Rohstoffe der Seidenindustrie. Die wesentliche Steigerung der Rohstoffzufuhr ist ein Zeichen aufsteigender wirtschaftlicher Konjunktur. Die Zufuhr Frankreichs in dieser Periode zeigt zwar eine wesentliche Wertverminderung, die jedoch nur auf die Preisrückgänge zurückzuführen ist. Der Menge nach hat auch die Zufuhr eine Steigerung von 8 Millionen auf beinahe 10 Millionen Tonnen erfahren. Zweitens ist die Tatsache hervorzuheben, daß Englands Anteil an dem französischen Außenhandel in einem ganz unerwarteten Maße gestiegen ist. Im ersten Halbjahr 1922 war England der beste Abnehmer der französischen Waren unter allen Ländern. Es folgten dann Belgien und die Vereinigten Staaten. Auch hat sich die Einfuhr Frankreichs aus Großbritannien gewaltig erhöht. Bisher standen die Vereinigten Staaten in dieser Hinsicht an dritter Stelle. In der ersten Hälfte 1922 hat jedoch Frankreich aus Großbritannien nicht weniger eingeführt wie aus den Vereinigten Staaten.

Während also zwischen England und Frankreich politische Spannungen vorhanden sind, erhöht sich der Anteil des Warenverkehrs zwischen den beiden Staaten in einer unerwarteten Weise. Dies dürfte auch auf die Erhaltung der politischen Verhältnisse beider Länder einwirken. — Die dritte auffallende Tatsache in der Außenhandelsstatistik ist der Rückgang der aus Deutschland eingeführten Waren nach ihrem Geldwert. In dieser Periode betrug der Geldeindruck der aus Deutschland eingeführten Waren kaum die Hälfte des vorjährigen und die Zufuhr Frankreichs nach Deutschland ging ebenfalls, wenn auch nicht in so beträchtlichem Maße, im Werte zurück. Beide Erscheinungen sind Folgen der deutschen Geldentwertung.

Während die industrielle Produktion Frankreichs einen großen Aufschwung nahm, ist die Getreideernte in diesem Jahr schlecht ausgefallen. So wird Frankreich etwa 1,5 — 2 Millionen Tonnen Weizen einführen müssen. Da die französische Valuta infolge der unvernünftigen Reparationspolitik Frankreichs ständig sinkt und daher die Ausbringung der zum Getreideanbau nötigen Teufeln auf Schwierigkeiten stoßen würde, hat die Regierung die Einfuhrung des Kriegsbrottes — eine hochprozentige Ausmahlung des Getreides angeordnet und zugleich die Einfuhr verboten. In Amerika und Kanada ist Getreide in Hülle und Fülle, nur die europäischen Staaten, darunter Frankreich, vermögen es nicht zu kaufen. Die französische Politik trägt in erster Linie die Schuld daran.

Der Sieg der amerikanischen Eisenbahner.

Aus Chicago wird gemeldet: Für die Wiederaufnahme der Arbeit in den Eisenbahnwerkstätten wurden Vorkehrungen getroffen. Ungefähr 50 Gesellschaften nahmen, wie man glaubt, das Abkommen an. Auf Grund dieses Abkommens wird die Arbeit bei den Löhnen wieder aufgenommen, welche in Kraft waren, als der Streik ausbrach. Die Arbeiter erhalten ihre alten Anstellungen, bis ein zu diesem Zwecke eingesetzter Sonderausschuß eine endgültige Entscheidung über das Indemnitätsrecht getroffen hat. Die Gesellschaften, die diese Regelung angenommen haben, haben das Schiffsstück noch nicht unterzeichnet. Man hofft, daß sich die anderen Gesellschaften bald anschließen werden.

Großzügigkeit im Lohnabbau. Wie wir bereits gemeldet haben, sind die Kollektivverträge im Friedel-Mistler Industriegebiet gekündigt worden. Am 14. September fanden nun Verhandlungen zwischen den Unternehmern und Arbeitern statt, wobei die Unternehmer einen Lohnabbau von nicht weniger als 33 Prozent, Neuregelung der Alfordlöhne sowie der Tarife für Ueberzeit, Nacht- und Sonntagsarbeit forderten! Die Vertreter der Arbeiterschaft erhoben naturgemäß scharfen Einspruch gegen so unfinnige Forderungen und nach einer langen Diskussion erklärten die Unternehmer — wie die „Prager Presse“ meldet, — bereit zu sein, die Vorschläge der Arbeiterschaft einer Prüfung zu unterziehen. Die Unternehmerfrechheit kennt schon keine Grenzen.

Eigenmächtige Errichtung landwirtschaftlicher Bezirkskrankenkassen. Vom Ministerium für soziale Fürsorge wird mitgeteilt: In der letzten Zeit mehrten sich die Fälle, daß hauptsächlich in den deutschen Bezirken die Projektanten der oberjener landwirtschaftlichen Bezirkskrankenkassen mit

der Tätigkeit der Kasse ohne schriftliche behördliche Bewilligung beginnen. Das Ministerium für soziale Fürsorge macht auf die Ungeheuerlichkeit dieses Vorganges sowie auf die Folgen aufmerksam, welche jene Arbeitgeber treffen werde, welche ungeheuerliche Weise ihre Arbeitnehmer bei der zuständigen Bezirkskrankenkasse abmelden und sie eigenmächtig bei der ohne behördliche Bewilligung errichteten landwirtschaftlichen Krankenkasse anmelden. Die politischen Behörden haben den Auftrag erhalten, die Tätigkeit jeder eigenmächtig errichteten landwirtschaftlichen Krankenkasse einzustellen und gegen die Arbeitgeber nach dem Gesetze einzuschreiten.

Vor einer Wirtschaftskrise auch in Deutschland? Wieder die beginnende Krise am deutschen Arbeitsmarkt melbet das Landesarbeitsamt der Rheinprovinz: Die Entwicklung des Arbeitsmarktes geht auf der absteigenden Linie weiter. Die Textilindustrie, die Margarineindustrie in den Bezirken Neuz und Emmerich, die Genussmittelindustrie und die Tabakindustrie melden Betriebsbeschränkungen, kurze Arbeitszeiträumen und Kündigungen.

Die Eisenerzgewinnung in Deutschland. Deutschlands Eisenerzproduktion erstreckte sich vor dem Kriege eines sehr guten Standes. Noch im Jahre 1917 konnte Deutschland im eigenen Lande rund 27 Millionen Tonnen Eisenerz fördern. Seine hochwertigste Eisenerzindustrie konnte natürlich ihren Bedarf aus dem inländischen Erzbergbau bei weitem nicht decken. Im Jahre 1918 hat man über 14 Millionen Tonnen fremdes Eisenerz nach Deutschland einführen müssen. In erster Linie aus Schweden, ferner aus Frankreich und Spanien; ferner 125.000 Tonnen Roh Eisen und viele Tausend Tonnen Eisenschlacken. Das Friedensabkommen von Versailles hat Deutschland viel zu kleine Eisenerzfelder noch mehr vergrößert. Durch den Wegfall von Elsaß-Lothringen ist die Eisenerzproduktion im Jahre 1920 auf 6,3 Millionen Tonnen, also ein Viertel der früheren zurückgegangen. Inzwischen ist durch die Wegnahme Oberschlesiens auch noch der Hauptteil der südöstlichen Eisenerzproduktion ausgefallen. Heute ist Deutschland ein Land, dessen große Eisenerzindustrie in der Hauptsache auf fremde Erze angewiesen ist. Die geringe Kaufkraft des deutschen Geldes und der deutschen Wirtschaft überhaupt bindet es aber, den Ausfall der eigenen Erzeugung durch die Gebietsabtretungen durch Rufe im Ausland wettzumachen. Vor dem Kriege hat Deutschland — ohne ausländisches Eisen und Eisenschlacken — rund 40 Millionen Tonnen Eisenerz verarbeitet. Im Vorjahre standen im eigenen Lande höchstens sechs Millionen Tonnen Eisenerz zur Verfügung. Dazu konnte man noch 4,6 Millionen Tonnen ausländisches Erz einführen. Das ist der dritte Teil der Menge des Eisenerzes, das man früher verarbeiten konnte. Daraus erklärt sich auch die große Zahl stillgelegter deutscher Hochofen. Nebenher nutzte Deutschland — ebenfalls in der Hauptsache aus Valaisgründen — die Einfuhr fremden Roh Eisens stark vermindern. (1918: 125 Millionen Tonnen, 1920: 98 Millionen Tonnen, 1921: 97 Millionen Tonnen.) Dieser Rückgang der Eisenerzindustrie hat auf den Außenhandel, der die Mittel zum Einkauf anderer wichtiger Güter aus dem Ausland gibt, verheerend gewirkt. Im Jahre 1918 konnte man an Eisen und Eisenwaren 6,293 Millionen Tonnen ausführen, 1921 aber nur 2,860 Millionen Tonnen. 1918 stand Deutschland in der Reihe der Eisenerzproduktionsländer voran; nur Amerika rangierte vor ihm; heute steht Deutschland hinter Amerika, Frankreich und Großbritannien ein gutes Stück zurück.

Der französische Staatshaushalt. Wie aus Paris mitgeteilt wird, beträgt der Budgetvoranschlag für 1923 an ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben insgesamt 23.180 Millionen Franken, denen 19.280 Millionen Franken an ordentlichen und außerordentlichen Einnahmen gegenüberstehen. Die Finanzkommission glaubt durch Abstriche noch 330 Millionen zu ersparen und wird somit noch ein Defizit von 3.600 Millionen zu decken haben. Die Regierung hat eine Revision der Steuerverwaltung vorgeschlagen, die besonders einen besseren Eingang der Steuern sichern soll.

Freigabe der Farben- und Kali-Einfuhr nach Amerika. Wie aus Washington gemeldet wird, hat das Repräsentantenhaus mit 177 gegen 130 Stimmen der Konferenz von Mitgliedern beider Häuser des Kongresses aufgetragen, aus ihrem Bericht über den Zolltarifentwurf die Bestimmungen über das Farbeneinfuhrverbot und dem Zoll auf Kali zu entfernen.

Krupp Hauptbesitzer der Butilow-Werke. Der Pariser Korrespondent des „Liberator“ will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß Krupp seit einiger Zeit in Unterhandlungen gestanden habe mit dem früheren Petersburger Bankier Dimitrie Rubinstein und einem Mitgliede der Familie Butilow. Diese Verhandlungen seien in Berlin durch Vermittlung des Bankhauses von Benedekdorff geführt worden und hätten zu dem Ergebnis geführt, daß die Firma Krupp den größten Teil der Anteile der Butilowwerke erworben und sich damit die Kontrolle über dieses Unternehmen gesichert habe. Als Preis wird die Summe von 104 Millionen Mark genannt.

Die Lage der Petrograder Industrie. In der letzten Sitzung der Petrograder Sowjets wurde der Bericht über die Lage der Petrograder Industrie vorgelesen. Aus diesem Bericht geht hervor, daß von 2000 Unternehmungen, die im Jahre 1912 gearbeitet haben, jetzt nur noch 300 Unternehmen arbeiten. Die Petrograder Industrie ist mit Rohstoffen und Brennmaterial nur für drei Monate versorgt. Nur Auszahlung der fälligen Arbeitergehälter sind sofort 20 Trillionen Rubel erforderlich. Unterdessen erhalten die industriellen Unternehmen des Petrograder Bezirkes nur 30 Prozent dieser Summe.

Dem Sozialdemokraten einen neuen Abonnenten werden, bedeutet dem Sozialdemokraten eine See e gewinnen. !! Werbel !!

Kurse der Valuten. Die tschechische Krone notiert in: Zürich Schw. Frank 0'1770, Wien Markt 47, Herr. Nr. 2445.

Prager Kurze. Table with columns: Gold, Ware, 100 holl. Gulden, 100 Mark, 100 Schweiz. Frank, 100 Dine, 100 franz. Frank, 1 Pfund Sterling, 1 Dollar, 100 Belg. Frank, 100 Dinar, 100 holl. Kronen, 100 poln. Mark, 100 magyari Kronen.

Züricher Schlusskurze (Devisen). Table with columns: Berlin, Wien, Prag, Holland, New York, London, Paris, Ostland, Budapest, Kanton, Barikau, Wien gen.

Literatur. Gemeindepolitik, Erläuterungen zum Göttinger Programm. Unter den Theoretikern und Praktikern der sozialistischen Gemeindepolitik der deutschen Sozialdemokratie zählt Genosse Paul Dirich zu den erfahrendsten und die Partei verdankt ihm eine große Anzahl theoretisch-wissenschaftlicher Abhandlungen und praktischen Anleitungen über sozialistische Kommunalpolitik. Gegenwärtig ist Genosse Dirich damit beschäftigt, die am Göttinger Parteitag aufgestellten Vorschläge zu einem Kommunalprogramm zu verarbeiten und es ist soeben im Verlag S. O. W. Die Nachfolger, Berlin, ein Heftchen, betitelt „Gemeindepolitik“ erschienen. Ausgehend von der Zusammenfassung aller in der Gemeinde wirksamen Kräfte durch eine wahrhaft demokratische Verwaltungsorganisation, tritt der Verfasser für die Beseitigung aller inneren bürokratischen Einrichtungen ein. Der Bürgermeister soll der erste Vertrauensmann, die Beamten der Gemeindevertre-

tung unterstellt sein. Förderung großer Kommunal-einheiten und angelegte Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechtes sind neben den Erörterungen der kommunalen Sozialisierung Forderungen, welche er besonders behandelt. Die Schrift, der noch einige weitere folgen werden, kann unseren Genossen, welche sich mit Kommunalpolitik beschäftigen, bestens empfohlen werden.

Kunst und Wissen. Mandragola. (Kleine Bühne.) Das Schauspiel-repertoire unseres Theaters steht im Zeichen des abnormen Segns. Hatte der „Werwolf“ eine ganz wunderbare starke und erfolgreiche Manneskraft zum Motiv, so bildet den Mittelpunkt des Machiavell-Egerischen Lustspiels ein armseliges impotentes Chemännlein. „Mandragola“ behandelt das uralte Thema vom nasgeführten — ja sich selbst nasführenden — Schurke in jeder und launiger Weise. Der Chemann selbst treibt den Liebhaber seiner Gattin zu; und gar unterhaltend ist es, zu sehen, wie die Frau, deren Empfinden sich gegen den Ehebruch wandt, vom Gatten, der Mutter und der Freundin fast mit Gewalt dem Liebhaber zugeführt wird. Und so läßt das Stück auch ist, so sehr auch der betrogene Gatte am Ende veracht wird, hat es doch seine ernste, ja rührende Seite: Hat doch die Dummheit des Herrn Romboldo ihren Grund in seiner Schmach nach einem Kind. Und deshalb ist diesem alten Spiel vom greifen Chemann und seinem jungen Weibe auch ein klein wenig menschlicher Tragik beigemischt. Das Stück verdankt seine Befassung im Spielplan der Wiederverpflichtung des Herrn Romanovsky. Seine Leistung als sich selbst betrügender Ehegatte ist schlechtlich vollendet. Ein spinnebeinig Kappriger, schmerzlicher, listerner, unendlich lächerlicher und doch bemitleidenswerter Schurke. Eine solche künstlerische Individualität im Ensemble erweckt den Wunsch nach Neueinstudierungen: Roltere, Shakespeare, Kleist! Ausgezeichnetes boten auch Frau Medelst (Bianca), Hel. Rainer (Beatrice), Herr Heim (Celio) und Herr Stadler als drohlicher Dromio; sehr am Ort war Herr Vitschau. Sein Liebhaber war denn doch zu unbeholfen und langweilig; ein solch hölzerner Geselle hätte trotz aller Protektion bei Frau Beatrice kein Glück gehabt.

„Urania.“ Zugunsten des Ausbaues des Bildungsinstitutes der „Urania“ findet am 25. Oktober im Lucerna-Saal ein Hofolo-Fest statt. Geplant ist in diesem Rahmen ein Festspiel: „Die Hochzeit des Rosenkavaliers“.

Neues Theater. Heute, den 16.: „Bettelstudent“; Sonntag, den 17.: nachmittags „Das verwunschene Schloss“, abends „Bajadere“; Montag, den 18.: „Königskinder“.

Kleine Bühne. Heute, den 16.: „Werwolf“; Sonntag, den 17.: „Werwolf“.

Aus der Partei. Bezirkskonferenz Reutisheim. Sonntag, den 8. Oktober, 10 Uhr vormittags im Arbeiterheim in Zuchtel diesjährige Bezirkskonferenz. Tagesordnung: Berichte, die gegenwärtige Lage und unsere nächsten Aufgaben, Bildungswesen und Wohnen.

Kreis-Konferenz Troppan. Sonntag, den 15. Oktober um halb 9 Uhr vormittags findet im Arbeiterheim in Jägerndorf die ordentliche Kreis-Konferenz statt. Auf der Tagesordnung stehen: Konstituierung der Kreis-Konferenz, Berichte, Werbeaktion für die Presse, die kommenden Gemeindevahlen und Allgemeines.

Bereinsnachrichten. Gesangsverein „Gutenberg“ in Prag. Derselbe nimmt Sonntag, den 17. September, halb 10 Uhr vormittags im Restaurant Karlas, Marienplatz, seine Gesangstätigkeit auf. Mitgliederaufnahme doriseldst.

Turnen und Sport. Fußball. Morgen spielen in Prag: Sparta gegen Union Ziskow, Spartaplay. Sparta Kladr. gegen Slavia am Slabiaplay. Meteor VIII gegen Krotchlab am Meteorplay. Rusfelm SK. gegen SK. Kladrno in Russe. Meteor Weinberge gegen Viktoria Ziskow in Ziskow. — In Brünn spielen morgen Wader Wien gegen den Brünner Sportklub, Moravsko Slavia gegen Zibentice.

Um den magyarischeschischen Sportfrieden. In der gestrigen Abendausgabe des „Cos“ werden über das Verhältnis des magyarischeschischen Sportverbandes zu seinem neuen „Freunde“, dem tschechischen Verband, und über das Benehmen Budapestischer Klubs in der Slowakei interessante Einzelheiten erzählt. So schrieb das „8 Drei Uffag“ über den neuen „Sportfrieden“: „Der „Sportfrieden“ ist nur möglich, wenn die Bedrückungen aufhören, unter denen die magyarischeschischen Sportvereine in der Slowakei zu leiden haben. Wir dürfen nicht an unseren Brüdern zu Verrätern werden, denn die Tschechen brauchen den „Sportfrieden“ und nicht wir. Wir können auch ohne sie leben.“ Der „Cos“ erzählt dann, daß in Kaschau Mitglieder der T.C. geschmuggelte Sachen in Freudenhäusern verkauft hätten und daß sie dann das gelöste Geld verjubelten; dabei seien irrtümliche Lieber gesungen worden. — Es ist jedenfalls interessant, daß die beiden an dem „Sportfrieden“ interessierten Verbände (man bedenke nur die famosen Täten bei einem „Schlager“-Wettspiel in Prag oder Budapest) durch die Presse sich erst Grobheiten an den Kopf werfen, bevor sie sich dann einträchtig „einigen“ werden. Man will nur den Dummen, die noch daran glauben, daß der bürgerliche Sport kein Geschäft ist, die Augen aufzuwecken, um nach der Einigung auf das betriebsene Festhalten an nationalen Prinzipien hinweisen zu können. Wegen des Schmuggels der Sportausrüstungen braucht sich der „Cos“ nicht gar so sehr aufzuregen; denn es ist ja bekannt, daß viele tschechische Klubs, die heuer in Deutschland waren, neu „ausgerüstet“ zurückgekommen sind.

Kbistik. Deutsche Segelflüge in Amerika. Nach New Yorker Kabelmeldungen hat sich der deutsche Segelflieger Warten bereit erklärt, das Angebot der „New York World“ zu akzeptieren und in den Vereinigten Staaten im Rahmen des geplanten Wettbewerbes Schauflüge zu unternehmen. Herausgeber: Dr. Ludwig Egech und Karl Corman. Druck: Deutsche Zeitungs- & Aktien-Gesellschaft Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Für den Druck verantwortlich: O. Polik.

Keine Angst. mehr nötig! „Elastik“ Silbervergoldungsmittel für Damen, das Resiste. Bisherige u. Verlei Vor Behelzung verlangen Sie wegen Größe, Preis u. Anwendung diebedingliche interessierte Broschüre Nr. 486 gegen 2c. — in War oder Marken. Versand in verschlo. Kuvert ohn. Adressdruck durch „Novitas“, Versandgeschäft Aufsig a. d. Elbe.

Egger & Co. Prag-Karlin, Královská tř. 14. Fabrik pharmaceutischer Zuckerwaren. Eggers Milch- und Kaffeekekaramellen, Eggers 140er Peppermint 544. In allen Konsumvereinen erhältlich.

CAFÉ ELEKTRA PRAG-WEINBERGE beim Museum, neben dem Deutschen Theater. TREFFPUNKT DER GENOSSEN. Telefon 4854. 478

Kuh & Kretsch Likörfabrik Teplitz-Schönau.

Ebermanns Mundwasser — Zahnpulver das Beste und Billigste zur täglichen Zahnpflege. Erhältlich in Apotheke, Drogerie, Parfümerie- und Konsumvereinen. Dr. Ebermann, Prag 619-1.

BERSON GUMMI-ABSATZ UND GUMMI-SOHL. ist billiger und dauerhafter als Leder. Bester Schutz gegen Kälte und Nässe.

gegen 10% auf Raten liefern wir: a) Gramophone, Platten etc. b) Violinen, Mandolinen, Gitarren, sowie auch alle anderen Musikinstrumente. — c) Holz- u. Blech-Blasinstrumente. — d) Mund- u. Ziehharmonikas. — e) Photographische Apparate und deren Zubehör. GRAMMOPHONE IMPORT COMPANY, 1. c. a. Freilichtplatz 6. Preislisten nach Angabe der gewünschten Instrumente gratis.

REMA die beste Speise-Schokolade. besorgt den Konsum-Vereinen die G. E. C.

LIDO-BIO Programm vom 16. bis 21. September. 11. Epoche: Glnette, die Waise. Vorverkauf täglich von 1/10 ununterbrochen. Inserieren Sie im Sozialdemokrat !!